

LANDTAGS NACHRICHTEN

9. April
3 / 2014
www.landtag-mv.de



+++ Halbzeitbilanz der rot-schwarzen Koalition +++ Nein zur „grünen Gentechnik“ +++ Haftpflichtversicherung von Hebammen +++ Wahlalter 18 bei Landtagswahlen bleibt +++ Finanzierung der freien Schulen +++ Konzept zur Gleichstellung von Frauen und Männern +++ Mandatswechsel +++ Baumaßnahmen am Schweriner Schloss +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Frühlingserwachen im Schweriner Schlossgarten

3	GASTKOLUMNE	Torsten Roth (SVZ) zum Thema Genmais/gentechnisch veränderte Pflanzen
4 – 19	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Wir gestalten die Zukunft aus eigener Kraft – Erfolgreiche Halbzeitbilanz der rot-schwarzen Koalition“
6 – 10	BERICHE	Zukunft des maritimen Industriestandortes Stralsund Gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland / in M-V Haftpflichtversicherung von Hebammen Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft Unterstützung von Existenzgründungen
11	WEITERE BESCHLÜSSE	Nachwahl Schriftführerin Wahlgesetz (Wahlalter bei Landtags- und Bundestagswahlen) Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz Wahl für Beirat Stasi-Unterlagenbehörde Mandatswechsel
12 – 19	ORIGINAL-DEBATTE	Konzeption der Landesregierung zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern
20 – 23	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Wirtschaftsausschuss:</i> Besuch der ITB in Berlin <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Beratung zum Freihandelsabkommen EU – USA Unterrichtungsfahrt Brüssel Ausschuss der Regionen <i>Finanzausschuss:</i> Besuch der Unimedizin Rostock und der Warnemünder Werft <i>Parlamentarischer Untersuchungsausschuss:</i> Zwischenbericht <i>Enquete-Kommission:</i> Zwischenbericht
24- 25	PANORAMA	„Landtag vor Ort“ im Schweriner Schlossparkcenter „Wir knacken das Schloss“ - Jugend im Landtag 2014 wirft seine Schatten voraus
26 – 27	SCHLOSSGESCHICHTEN	„Wann ist der neue Plenarsaal fertig?“ Interview mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zum Baugeschehen im Schweriner Schloss

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Der Geist ist aus der Flasche

Das klare Votum hätte es vor Jahren noch nicht gegeben: In unterschiedlichen Anträgen sprechen sich die demokratischen Parteien gegen den Anbau des umstrittenen Genmais 1507 in Mecklenburg-Vorpommern aus – ein Erkenntnisgewinn, dass die grüne Gentechnik doch eine Risikotechnologie ist, deren Langzeitwirkungen nicht abschätzbar sind; ein Eingeständnis, dass an der übergroßen Mehrheit der Verbraucher, die gentechnisch veränderte Pflanzen ablehnen, kein Weg vorbeiführt. Und doch bleibt die Entscheidung des Landtages nur ein Anfang.

Denn die Gefahr ist damit nicht gebannt, die Ängste nicht genommen und die Debatte über Nutzen oder Schaden der grünen Gentechnik nicht beendet. Die erfreulich eindeutige Position der demokratischen Fraktionen für ein Verbot des gentechnisch veränderten Mais suggeriert Verbrauchern Sicherheit, die es nicht mehr gibt. Zu glauben, dass mit einem Anbauverbot unsere Nahrungsmittel ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO) bleiben könnten, ist naiv. Gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe sind längst unserem Essen beigemischt und gelangen auf den Teller. Kühe werden seit Jahren an den Verbrauchern vorbei mit manipuliertem Soja-Schrot gefüttert. Der Geist ist aus der Flasche und lässt sich nicht mehr einfangen.

Befürworter sehen in der grünen Gentechnik das Heil der Landwirtschaft, Kritiker erwarten unkalkulierbare Risiken. Fest steht: Der Anbau von Gen-Pflanzen wird nicht durch den Hinweis sicherer, dass weltweit bereits auf mehr als 100 Millionen Hektar vom Menschen manipulierte Pflanzen ins Feld gestellt wurden. Versuche, die zeigen, dass Mäuse durch Gen-Futter allergisch reagieren, lassen sich nicht ignorieren. Was fehlt, sind genaue Erkenntnisse über die Gefahren der grünen Gentechnik. Ohne Forschung werden die Fragen nicht zu beantworten sein. Doch wenn schon die Versuche selbst zum unkalkulierbaren Risiko werden, ist es weitsichtiger und sicherer, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und sich im Zweifelsfall gegen die neue Technik zu entscheiden.

Die Ernährungswirtschaft „braucht keine genmanipulierten Rohstoffe“, stellte Ulrich Müller, Chef der Ludwigsluster Fleisch- und Wurstwaren, vor Jahren klar, als noch von Jahr zu Jahr immer mehr Gen-Maisversuche auf den Feldern von Mecklenburg-Vorpommern gestartet wurden. Die Argu-



Foto: Reinhard Klawitter

Torsten Roth (49) arbeitet für die Schweriner Volkszeitung und Norddeutschen Neuesten Nachrichten und berichtet über Landespolitik, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik.

mente sind ausgetauscht, jetzt müsse das Land eindeutig Position beziehen, mahnte Fleischproduzent Müller damals. „Man kann nicht sagen: Wir haben die sauberste Luft, das beste Wasser, viel Öko-Landbau, und gleichzeitig in die GVO-Forschung investieren. Alles geht nicht.“

„ Und doch bleibt die Entscheidung des Landtages nur ein Anfang. “

Der Landtag hat sich entschieden. Doch trotz aller Einigkeit: Drei Anträge von vier demokratischen Parteien – mit dem Abstimmungsverhalten von SPD und CDU bleibt es erklärungsbedürftig, warum die Koalitionsfraktionen ihren Antrag durchboxen, den nahezu gleichlautenden Antrag der Linken aber ablehnen. Es ist wenig glaubwürdig, wenn SPD und CDU im Nordosten den Anbau von Genmais verhindern, die Parteifreunde und Genossen im Bund durch ihr Abstimmungsverhalten und eine Stimmenthaltung Deutschlands bei der entscheidenden EU-Abstimmung faktisch aber eine Zulassung der umstrittenen Maissorte ermöglichen. Klare Positionen sehen anders aus: Es reicht nicht, wenn die CDU eine lückenlose Prozesskennzeichnungspflicht in der Lebensmittelproduktion fordert, die auch Kleinstmengen berücksichtigen soll. Dem Thema ist es unwürdig, dem Verbraucher erst recht, Parteienspielen zu betreiben. Drei Anträge, alle mit einem Ziel – ein gemeinsames Votum wäre überzeugender gewesen.

Torsten Roth

Schlagabtausch zu Regierungsbilanz

Kontroverse Debatte in Aktueller Stunde

Wo steht Mecklenburg-Vorpommern zur Regierungshalbzeit von Rot-Schwarz? Da gehen die Meinungen im Landtag zwischen Koalition und Opposition weit auseinander, wie die Aktuelle Stunde am 12. März zeigte. Die Opposition sieht zu viel Schulterklopfen, die Koalition vor allem Positives. Das Thema „Wir gestalten die Zukunft aus eigener Kraft – Erfolgreiche Halbzeitbilanz der rot-schwarzen Koalition“ hatte die SPD auf die Tagesordnung gesetzt. Bereits die Themenwahl traf auf Kritik, weil Regierung und Opposition schon eine Woche zuvor eine ausführliche Halbzeitbilanz präsentiert hatten.

Fotos: Uwe Balewski



Dr. Norbert Nieszery (SPD)

SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery** verteidigte die Themenwahl: „Wenn auch nicht alles, so haben wir doch das meiste richtig gemacht. Und darauf dürfen wir als Koalition zu Recht stolz sein“, sagte er. Die Erfolge würden zur Halbzeit der Legislatur selbstbewusst in der Aktuellen Stunde thematisiert. „Wenn wiederholt 90 Prozent der unabhängig befragten Menschen in unserem Land sagen, dass sie sich hier wohlfühlen, dann ist das das größte Lob und die beste Motivation für jeden Politiker“, betonte Nieszery. Die Arbeitslosigkeit sei auf dem niedrigsten Stand seit dem Mauerfall und insbesondere die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen unter 25 Jahren stark gesunken. „Aber auch ältere Menschen profitieren vom kontinuierlichen Wachstum in Mecklenburg-Vorpommern. So hat zum Beispiel die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze für die über 55-Jährigen seit 2008 um 30.000 zugenommen.“ Auch die „seriöse Haushaltspolitik“ ist Nieszerys Worten zufolge ein Grund, die Bilanz positiv zu sehen. Seit 2006 baue das Land konsequent Schulden ab.

Helmut Holter (DIE LINKE) warf SPD und CDU vor, sich an eigenen Erfolgen zu berauschen. „Sie bekommen schon Schwielen vom gegenseitigen Schulterklopfen“, sagte der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion. Er habe sich gefragt, was diese Aktuelle Stunde bringen soll. „Was soll denn heute an Neuigkeiten verkündet werden beziehungsweise an anderen Resultaten, als in der vergangenen Woche dargestellt wurden?“, fragte er. „Sie verhalten sich wie der bekannte Narziss aus der griechischen Mythologie und sind bis über beide Ohren in Ihr eigenes Spiegelbild verliebt“, warf er den Koalitionsfraktionen vor. Probleme an den Schulen und



Helmut Holter (DIE LINKE)

die Armut vieler Menschen würden ausgeblendet. Dabei sei Mecklenburg-Vorpommern das Land mit der bundesweit größten Kinderarmut. Das Wort „Armut“ finde sich an keiner einzigen Stelle in der Halbzeit-Bilanz des Regierungschefs. M-V bilde bundesweit das Schlusslicht, was die Höhe des Durchschnittseinkommens angeht. Statt die Kommunen solide zu finanzieren, reiche die Regierung immer neue Hilfsfonds aus.



Ministerpräsident Erwin Sellering

Ministerpräsident **Erwin Sellering** verwies abermals auf die seit der Landtagswahl 2011 erreichten Fortschritte in der Wirtschaft, bei der Beschäftigung, in Kitas und Schulen. Doch sei der Aufholprozess längst nicht abgeschlossen. „Wir müssen attraktiver werden im Wettbewerb um Fachkräfte. Faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen – darum geht es“, betonte der Regierungschef. Auf die Vorwürfe von Linke-Fraktionschef Holter reagierte Sellering mit scharfer Kritik. Er hielt der Opposition entgegen, eigene Lösungsvorschläge

schuldig zu bleiben und in der Arbeitsmarktpolitik an überholten Konzepten zu kleben. Im Ringen um eine Rettung der Stralsunder Volkswerft habe sich die Linke „als erste von Bord“ gemacht. Sellering rief die Oppositionspartei auf, nicht weiter „zeternd im Abseits“ zu verharren, sondern konstruktiv an der Entwicklung des Landes mitzuwirken und in die „Mitte des Spielfeldes“ zurückzukehren.



Vincent Kokert (CDU)

Auch CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** beklagte Passivität der Opposition: „Benennen Sie die Probleme nicht nur, liefern Sie auch eigene Lösungsmöglichkeiten; und schlagen Sie sich nicht in die Büsche, wenn Entscheidungen anstehen“, sagte Kokert. Er wolle nicht alles wiederholen. „Aber ein bisschen stolz macht es uns doch, dass wir die besten Arbeitsmarktdaten seit der Wiedervereinigung haben in Mecklenburg-Vorpommern. Wer hätte das vor vier Jahren gedacht?“, fragte er. Zudem sei es Rot-Schwarz gelungen, in nicht ganz zwei Legislaturperioden 700 Millionen Euro alte Schulden zu tilgen. „Und dieser Weg ist richtig“, unterstrich Kokert. Es gebe natürlich auch Probleme, räumte er ein. Als ein Beispiel nannte er die hohe Schulabbrecher-Quote. Aber diese sinke seit zwei Jahren. „Auch das ist ein gutes Zeichen, das sollten Sie als Opposition endlich mal zur Kenntnis nehmen“, betonte der CDU-Politiker.

Jürgen Suhr, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konterte die Kritik der Koalition mit dem Hinweis auf die aktuelle Tagesordnung des Landtages: „Die Gesetzesinitiativen und die wichtigen Themen wurden von der Opposition eingebracht.“ Doch hätten sie keine Chance auf eine Mehrheit. „Fangen Sie doch endlich mal an, Anträge und Gesetzesinitiativen danach zu bewerten, was drinsteht, und nicht danach, von wem sie kommen“, forderte er SPD und CDU auf. Von der Landesregierung verlangte er, in den verbleibenden zweieinhalb Jahren der Legislaturperiode dafür zu sorgen, dass Theater und Orchester eine sichere Zukunft und die Kommunen eine aufgabengerechte Finanzierung bekommen. Gegenüber den Städten und Gemeinden vertrete die Koalition eine „Scheckbuchpolitik“, sagte Suhr. Damit erkau-



Fotos: Uwe Bailewski

Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

fe sie sich das Schweigen der Kommunen, bleibe aber eine Reform für deren auskömmliche Finanzierung schuldig. Mehr Transparenz der Parlamentsarbeit solle etwa durch öffentliche Ausschusssitzungen hergestellt werden.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** warf der Regierung vor, farb- und substanzlos zu sein. Er verwies unter anderem darauf, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen unverändert bei „jenseits von 30 Prozent“ läge und dass die Einkommen im Land sehr gering seien. „Wir liegen ganz unten bundesweit. Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor Billiglohnland“, sagte Pastörs. „Und das haben Sie vergessen, hier zu erwähnen, Herr Ministerpräsident“, fügte er hinzu.



Udo Pastörs (NPD)

Auch in der Bildungspolitik sieht der NPD-Politiker trotz eines jährlichen 50-Millionen-Paketes Defizite. „Schauen wir uns doch einmal an, was hinten herauskommt: Nach wie vor sind große Teile der Schüler nach Verlassen ihrer Schule nicht ausbildungsfähig“, sagte er. Sie seien noch nicht einmal in der Lage, ein Handwerk „einigermaßen“ auszufüllen. „Sie haben heute hier, Herr Ministerpräsident, diese Aktuelle Stunde missbraucht zur Propaganda der Regierungsarbeit“, sagte Pastörs.

Ringen um Werftenstandort

Linke forderte Regierungserklärung zur Zukunft der maritimen Wirtschaft in Stralsund

Nur noch wenige Wochen bleiben laut Insolvenzverwalter, um für die Volkswerft in Stralsund einen Käufer zu finden. Die Landesregierung hatte bereits deutlich gemacht, dass angesichts weltweiter Überkapazitäten die Chancen für den Erhalt des Schiffbaus am Sund gering seien und Alternativen gesucht werden müssten, etwa im Bereich Offshore-Technik für Windparks auf See. Die Fraktion DIE LINKE forderte nun von der Landesregierung eine Regierungserklärung. Der Antrag fand auf der Landtagsitzung am 12. März keine Mehrheit.

In der von seiner Fraktion beantragten Debatte forderte Linke-Fraktionschef **Helmut Holter** von der SPD/CDU-Regierung „mehr Mut und Herzblut“ beim Ringen um den Erhalt der Arbeitsplätze am Werftstandort Stralsund. Die maritime Wirtschaft müsse als Grundpfeiler der Wirtschaft im Nordosten erhalten bleiben. „Zwischen Landesregierung und Koalition gibt es offenbar kein Einvernehmen zur Ausrichtung des Standortes Stralsund“, sagte Holter. Bislang bleibe es bei „Aushalterparolen, bei Bitten um Geduld und Worthülsen“. Er vermisse ein zukunftsweisendes Konzept. „Verabschiedet sich die Landesregierung von der maritimen Industrie im Land?“, fragte er. „Schenken Sie reinen Wein ein und werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht“, forderte er den Regierungschef auf.

Nach Überzeugung von Ministerpräsident **Erwin Sellering** ist ein wirtschaftlicher Neustart für die insolvente Volkswerft nur mit einem seriösen und potenten Investor möglich. „Wir dürfen jetzt nicht irgendein Angebot annehmen, das in Wahrheit überhaupt keine Lösung ist. Wir brauchen belastbare Angebote, mit Beschäftigungsgarantien, mit einer soliden Finanzierungsbasis, mit einer wirklich langfristigen Perspektive“, sagte er. Sellering sicherte den Werftarbeitern erneut zu, dass die Landesregierung alles tun werde, „was rechtlich möglich und wirtschaftlich vertretbar ist“. Doch könne angesichts weltweiter Überkapazitäten und enormen Preisdumpings die Rettung des Unternehmens nicht im Frachtschiffbau liegen. „Die Zukunft liegt in der innovativen maritimen Industrie, der klugen Verbindung der Erfahrungen im Schiffbau mit den Entwicklungen der Offshore-Windkrafttechnik“, sagte der Regierungschef.

Wolfgang Waldmüller (CDU) unterstrich, dass der maritime Standort Stralsund für das Land von großer Bedeutung ist. Bei einem möglichen Verkauf der Werft steht seiner Ansicht nach der Erhalt der Arbeitsplätze im Vordergrund. Jeder potenzielle Käufer müsse nachweisen, dass er auch die nötigen Investitionen vornehmen könne. Doch sei die Zahl möglicher Investoren wesentlich kleiner, als sich alle wünschten.



Foto: Jens Büttner

Die Landesregierung arbeite intensiv an der Lösung des Problems und werde die Ausschüsse rechtzeitig über Neuigkeiten informieren. Den Antrag hält er für überflüssig.

Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** ermahnte die Landesregierung, nicht tatenlos zu bleiben. Sollte bis Mai kein Investor für Stralsund gefunden werden, sei „ein Plan B“ nötig. Eine Zerschlagung des Industriestandortes solle aber verhindert werden. „Welche strukturellen Hilfen bietet die Landesregierung für Konzepte an, die möglichst viele Arbeitsplätze sichern?“, fragte Suhr. Die Bündnisgrünen werden seinen Worten nach „jede Lösung zum Erhalt des maritimen Industriestandortes Stralsund unterstützen, wenn in Größenordnungen Arbeitsplätze gesichert werden können und wenn damit für den maritimen Standort Stralsund eine tragfähige Perspektive verbunden ist“, betonte er.

Jochen Schulte (SPD) forderte ebenfalls eine langfristige Perspektive für die Beschäftigten der Volkswerft. Landesregierung und Insolvenzverwalter arbeiten seiner Überzeugung nach mit Hochdruck an einer Lösung und befinden sich in Verhandlungen mit „seriösen Interessenten aus den Bereichen Schiffbau, Offshore oder Industrie“. Es sei aber wichtig, dass alle potenziellen Investoren tragfähige Konzepte vorlegen, auf die sich die Menschen verlassen könnten. „Dabei sind die Voraussetzungen Stralsunds mit seinen hochqualifizierten Fachkräften als maritimer Industriestandort sehr gut“, sagte Schulte.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warf dem Ministerpräsidenten vor, die Werftarbeiter hinzuhalten. Dabei sei klar, dass Mecklenburg-Vorpommern als Standort bei den Preisen im Schiffbau nicht konkurrenzfähig sei. Die maritime Industrie im Land habe in den letzten zehn Jahren mindestens 3.500 Arbeitsplätze verloren. In Stralsund seien bis zu 1.600 Menschen beschäftigt gewesen. Jetzt seien es lediglich noch 300. „Warum sagen Sie nicht, was jeder weiß: Die Werft ist tot, und bis heute ist kein Unternehmer da, der bereit ist, für die Werft auch nur 100 Millionen Euro cash auf den Tisch zu legen“, fügte er hinzu.

Drucksache 6/2663

Hintergrund

Die P+S-Werften mit ihren Standorten in Wolgast und Stralsund mussten im August 2012 Insolvenz anmelden. Während mit der Bremer Lürssen-Gruppe im Mai 2013 ein Käufer für die frühere Peenewerft in Wolgast gefunden wurde, blieben die Bemühungen um die Fortführung der Stralsunder Volkswerft bislang erfolglos.

Einhelliges Nein zu Genmais & Co.

Opposition scheitert mit eigenen Anträgen

Gleich mehrere Landtagsanträge befassten sich auf der Landtagssitzung am 12. März mit dem Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen. Keine der Fraktionen ist dafür – doch in den Konsequenzen gibt es Unterschiede. So fand die Forderung der Grünen-Fraktion nach Beitritt Mecklenburg-Vorpommerns zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen keine Mehrheit. Auch ein Antrag der Linksfraktion wurde abgelehnt. Zustimmung fand dagegen der Koalitionsantrag. Das Parlament beauftragte die Regierung einstimmig, auf ein bundesweites Anbauverbot hinzuwirken. Sollte dies scheitern, soll im Rahmen „länderspezifischer Regelungen“ dafür gesorgt werden, dass die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gentechnikfrei bleibt.

Die Debatte um die sogenannte grüne Gentechnik hatte neue Nahrung bekommen, weil die EU den umstrittenen Genmais 1507 aus den USA voraussichtlich auch für den Anbau in Europa zulassen wird. Bei einem Treffen der EU-Europaminister Mitte Februar hatte sich Deutschland dazu der Stimme enthalten. Das traf vor allem bei Linke und Grünen auf Kritik. Während Sprecher der Oppositionsfraktionen und auch der SPD auf die Risiken der Agrar-Gentechnik und die Bedenken in der Bevölkerung verwiesen, warb die CDU um vorurteilsfreie Betrachtung.

„Für die Verbraucher und die Politik in unserem Land schließen sich die hohe Qualität von Lebensmitteln und der Einsatz grüner Gentechnik aus“, sagte der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Thomas Krüger**, der den Antrag der Koalitionsfraktionen begründete. Die genetische Veränderung von Pflanzen sei mit erheblichen Risiken verbunden. So sind Krüger zufolge die Langzeitauswirkungen der grünen Gentechnik auf die Gesundheit von Mensch und Tier und den Erhalt der Artenvielfalt nicht ausreichend erforscht. Eine abschließende Beurteilung über die Folgen für die Umwelt, aber auch für die gentechnikfreie Landwirtschaft sei deshalb überhaupt noch nicht möglich. „Unser Ziel ist es, gegenüber der EU durchzusetzen, dass die Regionen innerhalb Europas über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen selbst bestimmen können“, erklärte Krüger.

Der Linke-Agrarexperte **Prof. Dr. Fritz Tack** bedauerte, dass es nicht zu einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen gekommen ist. Er warf der Union vor, eine gemeinsame Erklärung verhindert zu haben. Tack warnte davor, dass sich Landwirte durch den Anbau genmanipulierter Nutzpflanzen von wenigen großen „agrochemischen Komplexen“ abhängig machten. Es fehle an konzernunabhängiger Forschung für eine nachhaltige Landwirtschaft

insgesamt, kritisierte er. Seit Jahren gebe es massive Beschwerden über das Zulassungsverfahren der EU für gentechnisch veränderte Pflanzen. „Es fehlen Langzeituntersuchungen und unabhängige Studien“, sagte Tack.

Mit ihrem „Eiertanz“ habe die Bundesregierung das Tor für die grüne Gentechnik wieder ein Stück aufgestoßen, beklagte die Grünen-Abgeordnete **Dr. Ursula Karlowski**. Die sehr liberalen Gentechnik-Regelungen der USA könnten im Rahmen des geplanten Freihandelsabkommens auf Europa überschwappen, warnte sie. Laut Karlowski haben sich schon sieben deutsche Bundesländer dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen angeschlossen, darunter Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. „Wir wollen keine gentechnisch veränderten Pflanzen in Mecklenburg-Vorpommern und auch nicht in Deutschland“, betonte sie. Der Beitritt in jenes Netzwerk wäre ein starkes Zeichen aus M-V.

Laut Agrarministerium hat Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat eine Initiative eingebracht, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für ein europaweites Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen einzusetzen und gegebenenfalls auch ein nationales Anbauverbot zu veranlassen. Nach geltendem EU-Recht könne ein nationales Anbauverbot derzeit nur erlassen werden, wenn es neue wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, die im Zulassungsverfahren noch nicht geprüft wurden, sagte Finanzministerin **Heike Polzin** in Vertretung von Landwirtschaftsminister Backhaus.

„Bisher gibt es keine definitiven Aussagen über Gesundheits- oder Umweltrisiken“, sagte der CDU-Abgeordnete **Heino Schütt**. So lange aber klare Fakten fehlten, lehne auch die Union gemäß Koalitionsvertrag den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab. „Gleichzeitig sollte die grüne Gentechnik nicht grundsätzlich verteufelt werden“, betonte er. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen sei klar, dass die grüne Gentechnik Entscheidendes für die Welternährung leisten könne. „Wir brauchen deshalb verlässliche wissenschaftliche Untersuchungen und eine Versachlichung der Debatte“, forderte Schütt.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** verwies auf einen Antrag seiner Fraktion, der weiter gehe als die der anderen. Dieser Antrag wurde am 12. März in einem gesonderten Tagesordnungspunkt debattiert. Demnach sollte der Landtag den Anbau und den Import von genveränderten Getreidearten in bzw. nach M-V generell ablehnen. Der Landtag solle zudem die Landesregierung auffordern, im Bundesrat einen Antrag einzubringen, der den Widerruf der Zulassung für genveränderten Mais der Sorte 1507 in Deutschland zum Ziel hat, wenn dessen Anbau durch die EU-Kommission genehmigt werden sollte.

Nach der Debatte zu den Anträgen der demokratischen Fraktionen fand nur der Koalitionsantrag eine Mehrheit. Auch der Vorschlag, alle Anträge in den Ausschüssen zu beraten, wurde abgelehnt. Der NPD-Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, Linken und Grünen abgelehnt.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/2751

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/2746

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2740

Antrag NPD Drucksache 6/2755

Hilfe für Hebammen

Landtag nimmt einstimmig Antrag aller demokratischen Fraktionen an

Der Landtag hat sich am 12. März mit großer Einmütigkeit für den Beruf der Hebammen stark gemacht. Einstimmig nahmen die Abgeordneten einen Antrag an, den alle demokratischen Fraktionen gemeinsam ins Parlament eingebracht hatten. Der Berufsstand der freiberuflichen Hebammen ist bedroht, weil die Versicherungen rasant steigende Prämien für die Berufshaftpflichtversicherung verlangen, um die Risiken der Geburt abzusichern. Private Versicherungsanbieter für Hebammen wollen sich spätestens zum Jahr 2015 aus dem Geschäft zurückziehen. In der Folge werden schon jetzt auch im Nordosten immer weniger Hausgeburten angeboten. Nun müsse auf Bundesebene schnellstmöglich eine Neuregelung für die Berufshaftpflicht geschaffen werden. Dabei müsse auch die Bildung eines staatlich finanzierten Haftungsfonds erwogen werden, hieß es in der Debatte.

In Mecklenburg-Vorpommern sei die Zahl der Hebammen, die außerklinische Geburtshilfe anbieten, in nur fünf Jahren von 32 auf 10 gesunken, sagte die Grünen-Abgeordnete **Silke Gajek**. „Schon heute gibt es in den Landkreisen Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim keine einzige Hebamme mehr, die Hausgeburten anbietet.“ Der kürzlich angekündigte Ausstieg der Nürnberger Versicherung verschärfe die Situation noch. „Damit ist der Fortbestand der Gruppenversicherung in akuter Gefahr“, sagte die sozialpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. Die Landesregierung solle die Bundesratsinitiative der Länder Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Brandenburg unterstützen, forderte Gajek.

„Mutter und Kind haben Anspruch auf eine gute, flächendeckende Versorgung mit allen Leistungen rund um die Geburt“, sagte Sozialministerin **Birgit Hesse**. Frauen dürfe nicht das Recht genommen werden, frei über die Geburtshelferin und den Ort der Geburt ihrer Kinder entscheiden zu können.

Foto: Jens Büttner



Doch sei das Angebot zunehmend bedroht. Daher habe sie sich schriftlich an den zuständigen Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gewandt und ihn gebeten, nach Wegen zu suchen, „die finanzielle Situation der Hebammen, speziell im Bereich der außerklinischen Tätigkeit“ zu verbessern. Eine schnelle Lösung sei dringend nötig.

Hauptgrund für die dramatische Situation sind nach Angaben von CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** rapide gestiegene Haftungsforderungen vornehmlich von Krankenkassen. Momentan laufen in Berlin Gespräche mit den Versicherungen, Kassen und Verbänden, wie Kokert informierte. Er werde sich persönlich mit seinem Parteifreund Gröhe treffen, um über Lösungsmöglichkeiten zu beraten. Die Neustrukturierung der Haftpflichtversicherung müsse zügig vorangehen. Die steigenden Prämien führen nach seiner Ansicht zu einer Existenzgefährdung für den gesamten Berufsstand. „Die Landespolitik lässt die Hebammen mit ihren Problemen nicht alleine“, versicherte er.

Ihre Fraktion unterstütze die Forderungen der Eltern und Hebammen, die am Sitzungstag vor dem Landtag protestierten, betonte die Linke-Abgeordnete **Karen Stramm**. Der gemeinsame Antrag gehe in die richtige Richtung, sei aber nur ein Minimalkonsens. „Die Linksfraktion fordert seit Jahren, dass vor Verhandlungen über die Honorare der Hebammen erst einmal eine angemessene Grundsicherung gewährleistet sein muss. So muss beispielsweise die Rufbereitschaft der Hebammen honoriert werden“, sagte sie. Dringender Handlungsbedarf bestehe auch bei der Schaffung eines flächendeckenden Angebots.

Auch **Julian Barlen** (SPD) erklärte sich im Namen seiner Fraktion solidarisch mit den protestierenden Hebammen. Dieser Berufsstand leiste mehr als reine Geburtshilfe. „Hebammen engagieren sich neben Vorsorge, Geburt und Nachsorge couragiert und umfassend für das Kindeswohl. Sie sind als Botschafterinnen für Frauenrechte, Stillfreundlichkeit und die natürliche Geburt unterwegs. Sie sind zudem wichtige Partner für uns, wenn wir beispielsweise gemeinsam mit den Krankenkassen hier im Lande für die Reduzierung der Kaiserschnitttrate kämpfen“, betonte Barlen. Auch er rechnet mit einer raschen Lösung auf Bundesebene.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** forderte „endlich einen öffentlichen Versicherungsanbieter, der bezahlbaren Versicherungsschutz bietet“. Derzeit sei die Haftpflichtversicherung mit einer Jahresprämie von 4.242 Euro existenzbedrohend. Diese Jahresprämie solle aber zum 1. Juli 2014 noch auf 5.091 Euro steigen und ab Juli 2015 komplett von den Versicherungen gekündigt werden. „Das kommt einem Berufsverbot für Hebammen gleich, da sie ohne Haftpflichtversicherung ihre Tätigkeit nicht ausüben können“, sagte Köster.

Martina Tegtmeier (SPD) forderte CDU-Fraktionschef Vincent Kokert auf, bei seinem Gespräch mit dem Bundesgesundheitsminister besonders auf die Belange in M-V hinzuweisen. Der Nordosten sei ein Flächenland, in dem aber trotz dünner Besiedlung eine umfassende Versorgung gewährleistet werden müsse.

Der gemeinsame Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde einstimmig angenommen.

Drucksache 6/2753

Finanzierung von Privatschulen

Landtag lehnt Grünen-Antrag zur Finanzierung der Personalkosten ab

Privatschulen in Mecklenburg-Vorpommern fürchten starke finanzielle Einbußen. Sie werfen dem Land eine unrechtmäßige Kürzung der Zuschüsse vor. Das sehen die Bündnisgrünen genauso. Sie scheiterten jedoch am 12. März mit ihrer Forderung, zur alten Regelung zurückzukehren. Der Landtag lehnte es ab, die Privatschulverordnung vom August 2013 zurückzunehmen. Die Landesregierung hält die Neuregelung für die Finanzzuweisungen an die Schulen in freier Trägerschaft für rechters. Auch die Linksfraktion stimmte gegen den Antrag. Die NPD enthielt sich der Stimme.

Die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Ulrike Berger** verwies auf ein von ihrer Fraktion in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, dem zufolge die neue Privatschulverordnung des Landes rechtswidrig sei. Strittig ist vor allem die Höhe der anerkannten Personalkosten. „Die aktuelle Privatschulverordnung sorgt dafür, dass Schulen in freier Trägerschaft gefährdet werden, dass Schulgebühren steigen und Geringverdiener noch stärker an ihrer freien Schulwahl gehindert werden“, sagte Berger. Sie forderte die demokratischen Fraktionen auf, „die Verordnung gemeinsam über den Weg einer Normenkontrollklage nach Artikel 53 Landesverfassung überprüfen zu lassen. Dafür seien mindestens ein Drittel der Abgeordneten des Landtages notwendig, weshalb die demokratische Opposition diesen Schritt nicht allein gehen könne.“

Bildungsminister **Matthias Brodkorb** dagegen erklärte, bei dem vereinbarten Modus richte sich das Land nach dem Grundgesetz, dem Schulgesetz des Landes, daraus resultierenden Vorschriften sowie zwei Gerichtsurteilen. Die Schulträger seien über die Neuregelung informiert worden, die nach den Urteilen des Oberverwaltungsgerichts in Greifswald erforderlich gewesen sei. Gutachten könnten weder die gültigen Rechtsquellen noch gültige Urteile außer Kraft setzen. Aufgrund des jetzigen Erkenntnisstandes könne er als Minister nur empfehlen, den Antrag der Grünen abzulehnen. Nach Ansicht von **Torsten Renz** (CDU) bringt die Debatte keine neuen Erkenntnisse. „Die Grünen halten die Privatschulverordnung für rechtswidrig; das Bildungsministerium ist gegenteiliger Auffassung. Für die CDU-Fraktion ist und bleibt entscheidend, dass die Schulen in freier Trägerschaft auskömmlich finanziert werden“, sagte er. Eine Rücknahme der Privatschulverordnung würde zum „Rechtsbruch“ führen, pflichtete er dem Minister bei. Gleichwohl, räumte er ein, bestehe derzeit ein Rechtsunfrieden, an dem niemandem gelegen sein könne. Die Verordnung sei weit auslegbar. „Im Sinne eines dauerhaften Rechtsfriedens halte



An den 72 Schulen in freier Trägerschaft in M-V lernen knapp zehn Prozent aller Schüler.

Foto: Jens Büttner

ich es daher für sinnvoll, eine rechtlich unstrittige Verordnung auf den Weg zu bringen“, sagte er.

Die Schulexpertin der Linken **Simone Oldenburg** forderte eine „zufriedenstellende und pauschalierte Finanzierung der Unterrichtsangebote der Schulen in freier Trägerschaft“. Dafür müssten eine neue Privatschul-Kostenverordnung sowie eine Schulgesetzänderung her. Das Wieder-Inkraftsetzen der alten Verordnung ist in ihren Augen keine Lösung. Die jetzige Situation sei jedoch nicht zufriedenstellend, betonte sie. Die sogenannten Verwendungsnachweise und deren Prüfung seien so kompliziert, dass bislang noch keine Ergebnisse bei den Schulträgern vorliegen. „So entsteht keine Rechtssicherheit, keine Transparenz und erst recht keine Möglichkeit zu planen“, sagt Oldenburg.

„Die Forderung der Grünen, höchstrichterliche Urteile zu ignorieren, ist mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar“, sagte **Andreas Butzki** (SPD). Die Änderung der Privatschulverordnung durch das Bildungsministerium sei durch zwei Urteile des Oberverwaltungsgerichts Greifswald notwendig geworden. „Diese Urteile erfolgten auf Grund von Klagen freier Schulträger und stellten fest, dass bei der Gewährung der Finanzhilfe durch das Land nur die tatsächlichen und keine fiktiven Personalkosten erstattet werden können“, erklärte er. Für die Koalition stehe jedoch außer Frage, die Privatschulen auch künftig auskömmlich zu finanzieren.

Derzeit gibt es nach Aussagen von CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** kein Finanzierungsproblem an den privaten Schulen. Wenn sich herausstellen sollte, dass diese Schulen mehr Geld brauchen, dann werde sich die Koalition dafür einsetzen, um es zur Verfügung zu stellen. „Wir werden alles dafür tun, den Fortbestand der freien Schulen zu sichern“, versprach er. Er schloss eine Änderung des Schulgesetzes nicht aus.

Drucksache 6/2741

Privatschulen in M-V

Die Privatschulverordnung sieht vor, dass freie allgemeinbildende Schulen Zuschüsse in Höhe von 85 Prozent der tatsächlich anfallenden Lehrerkosten erhalten. Bei beruflichen Schulen variieren die Zuschüsse zwischen 50 und 80 Prozent. Allerdings müssen die Schulträger gegenüber dem Land offenlegen, wie hoch die Personalkosten tatsächlich sind. Dagegen hatten sie sich lange gewehrt, waren aber gerichtlich dazu verpflichtet worden.

Risikokapital für junge Unternehmen

Landtag stimmt Koalitionsantrag zu

Das Land will Existenzgründungen und Produktentwicklung im Mittelstand Mecklenburg-Vorpommerns weiter fördern und auch riskantere Vorhaben gezielt unterstützen. Kleine und mittlere Unternehmen könnten sich eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen meist nicht leisten, heißt es in einem Antrag, den die Regierungsfractionen dem Landtag am 13. März vorlegten. Deshalb werde die Landesregierung aufgefordert, unter anderem Kooperationsmodelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu unterstützen. Zudem solle ein Risikokapitalfonds im Umfang von insgesamt 18 Millionen Euro aufgestellt werden.

Der CDU-Wirtschaftsexperte **Wolfgang Waldmüller** räumt dem geplanten Fonds einen hohen Stellenwert ein. „Wir wollen nicht, dass gute Ideen in unserem Land wegen Finanzierungslücken im dunklen Forschungsstübchen verstauben“, sagte Waldmüller bei der Begründung des Antrags. Bei Erfolg der Unternehmen fließe das von Land gewährte Darlehen zurück und könne erneut eingesetzt werden. „Beim Beteiligungs- und Risikokapital für die Markteinführung von Innovationen müssen wir mutiger werden“, mahnte er. Das Land könne sich wirtschaftliche Wachstumsimpulse und Arbeitsplätze erhoffen. Bislang sei der Zugang zu privatem Risikokapital für technologieorientierte junge Unternehmen in Ländern wie Bayern wesentlich leichter. „Die Venture-Capital-Szene in Mecklenburg-Vorpommern ist leider doch etwas überschaubarer als in München“, sagte Waldmüller. Wie Wirtschaftsminister **Harry Glawe** sagte, will M-V mit dem Risikokapitalfonds vor allem kapitalschwachen jungen Unternehmen helfen, auf dem Markt Fuß zu fassen. „Der Mittelbedarf für die Markteinführung ist erheblich und beläuft sich in aller Regel auf das Doppelte und mehr der Entwicklungskosten“, erklärte der Minister. Das Land brauche kluge



Foto: Jens Büttner

Mikrodarlehen können auch Studenten helfen, nach dem Studium mit einer innovativen Idee ein Unternehmen zu gründen.

Köpfe, „die neue Wege gehen und die auch querdenken können“. In M-V sei aber der Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten ein großes Hemmnis für Existenzgründer. Eine ausreichende Finanzierung aber sei unabdingbare Voraussetzung für die langfristige Überlebensfähigkeit von innovativen Unternehmen.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** verwies auf die seit Jahren rückläufige Zahl von Existenzgründungen im Land und nannte hohe Hürden für staatliche Förderungen als einen der Gründe dafür. So führe nur die Hälfte der Anträge auf sogenannte Mikrodarlehen zum Erfolg. Holter zog in Zweifel, dass die von der Bundesregierung propagierte private Bereitstellung von Risikokapital für den Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern wirken wird. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen könne seine Fraktion nur in Teilen zustimmen. Deshalb beantragte der Fraktionschef eine Einzelabstimmung zu den jeweiligen Ziffern des Antrags.

Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Jochen Schulte** hob die Bedeutung einer gesicherten Finanzierungs-Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes in Mecklenburg-Vorpommern hervor. Künftig werde die europäische Wirtschaftsförderung zurückgefahren und die Eigenkapital-Anforderung der Banken neu reglementiert. Zudem laufe der Solidarpakt ab 2019 aus. Das alles stelle die Unternehmen vor neue Herausforderungen. „Ein sicherer Zugang zu Beteiligungs- und privatem Risikokapital für die Markteinführung von Innovationen aus der Kooperation von Hochschulen und kleineren Unternehmen bleibt daher unerlässlich“, sagte er. Dabei sieht er auch die Bürgschaftsbank M-V und die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft des Landes in der Pflicht.

Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** verwies ebenfalls darauf, dass die gesamte Wirtschaftsförderung durch die Europäische Union für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern drastisch zurückgehe. „Es ist daher richtig, die Instrumente der Wirtschaftsförderung zukünftig stärker zu konzentrieren“, betonte er. Seine Fraktion unterstütze den Antrag, weil er vor allem auf eine Förderung der Markteinführung neuer Produkte zielt. Deren Platzierung sei risikoreich und teuer. Deshalb sei an dieser Stelle eine Unterstützung nötig. Suhr zeigte sich jedoch verwundert, dass die CDU die Ziele ihres Antrags nicht schon im Mittelstandsförderungsgesetz verbindlich verankert habe, das vor rund einem halben Jahr verabschiedet worden war.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** zweifelte an, dass die Europäische Union die Lage für den Mittelstand verbessert. Sie senke die Höchstsätze für die Förderung drastisch ab und nehme den Mitgliedstaaten immer mehr die Möglichkeit, eine eigene Volkswirtschaftspolitik zu entwickeln. Deshalb sei der Antrag der Koalitionsfraktionen nicht viel mehr als ein „Papiertiger“, sagte Köster. Dennoch werde seine Fraktion zustimmen.

Nach der Debatte wurde der Koalitionsantrag von allen Fraktionen angenommen, mit Ausnahme der Linken, die nur einem von drei Punkten zustimmte.

Drucksache 6/2752

Weitere Beschlüsse des Landtages

Neue Schriftführerin

Der Landtag hat am 12. März in offener Wahl die SPD-Abgeordnete **Dagmar Kaselitz** zur Schriftführerin bestimmt. Die Nachwahl war nötig, weil ihre Fraktionskollegin Martina Tegtmeier von diesem Amt zurücktrat. Tegtmeier war im Januar zur stellvertretenden Vorsitzenden ihrer Fraktion gewählt worden. Kaselitz sitzt seit Januar als Nachrückerin für Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig im Landtag. Die neue Landtagsabgeordnete erhielt die Stimmen von SPD, CDU, Linke und Bündnisgrünen. Die NPD stimmte dagegen. Jeweils zwei der insgesamt zwölf Schriftführer unterstützen die amtierende Präsidentin bei der Leitung der Landtagsitzungen.

Drucksache 6/2754

Mindestwahlalter 18 bleibt

Jugendlichen unter 18 Jahren dürfen in Mecklenburg-Vorpommern auch künftig nicht an Landtagswahlen teilnehmen. Der Landtag lehnte am 12. März mit den Stimmen der Regierungsfractionen SPD und CDU eine Änderung des Wahlrechts ab. Grüne und Linke hatten sich zuvor dafür stark gemacht, nach dem Beispiel von Bremen und Brandenburg auch in Mecklenburg-Vorpommern das Mindestwahlalter für Landtagswahlen auf 16 herabzusetzen. An Kommunalwahlen dürfen im Nordosten seit 1999 auch schon 16- und 17-Jährige teilnehmen. Obwohl die SPD in Parteibeschlüssen ein Mindestwahlalter von 16 Jahren auch für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen fordert, votierte die SPD bei der namentlichen Abstimmung im Landtag dagegen. Sie beugte sich in der Abstimmung der Koalitionsdisziplin, nach der die Regierungspartner nicht gegeneinander stimmen dürfen.

Anträge DIE LINKE Drucksachen 6/1030, 6/1031

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/1024

Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses Drucksache.6/2783

Transparenzgesetz

Die Grünen sind mit ihrem Anliegen, Daten und Dokumente der Verwaltung unmittelbar für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, im Landtag gescheitert. Das Parlament lehnte am 12. März den Entwurf für ein geändertes Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz auch in der Schlussabstimmung ab. Der geplanten Novelle zufolge sollten Ministerien und Behörden zur Offenlegung von Daten und Dokumenten verpflichtet werden. Nach dem geltenden Gesetz müssen Auskunft suchende Bürger Akteneinsicht beantragen und Gebühren für die Information zahlen. Der Gesetzentwurf der Grünen war am 4. September 2013 in Erster Lesung im Landtag behandelt worden, eine Überweisung in die Ausschüsse wurde damals mehrheitlich abgelehnt. Die Geschäftsordnung des Landtages schreibt für einen solchen

Fall vor, dass der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Drucksache 6/2116

Bundes-Beirat

Der frühere Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Jörn Mothes ist für weitere fünf Jahre in den Beirat des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt worden. Der Landtag stimmte am 13. März mit deutlicher Mehrheit für eine zweite Amtszeit des 51-jährigen Referatsleiters im Bildungsministerium. Von 71 Abgeordneten nahmen 59 an der Abstimmung teil, 40 stimmten für Mothes, 14 gegen ihn, fünf enthielten sich. Laut Stasi-Unterlagen-Gesetz sitzen in dem Beirat neun Vertreter der ostdeutschen Bundesländer und acht weitere, vom Bundestag gewählte Mitglieder. Das Gremium berät den Bundesbeauftragten Roland Jahn.

Drucksache 6/2720

Landtag adé



Foto Landtag M-V

Am 13. März erklärte Volker Schlotmann gegenüber Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider seinen Mandatsverzicht.

Der SPD-Abgeordnete **Volker Schlotmann** hat sein Landtagsmandat zum 31. März 2014 niedergelegt. Ende 2013 war er aus gesundheitlichen Gründen bereits als Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung zurückgetreten. Der gelernte Binnenschiffer und spätere Gewerkschaftsfunktionär gehörte dem Landtag seit 1994 ununterbrochen an, war von 1996 bis 1998 Parlamentarischer Geschäftsführer und danach bis 2008 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Von 2008 bis 2011 bekleidete er das Amt des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung. Seit November 2011 leitete Schlotmann das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung.

Nachgerückt



Patrick Dahlemann aus Torgelow ist seit 7. April Mitglied des Landtages. Der Sozialdemokrat hatte 2011 im Wahlkreis Uecker-Randow II für das Landesparlament kandidiert und rückte jetzt von der Landesliste der SPD für Volker Schlotmann nach. Mit 25 Jahren ist Dahlemann der mit Abstand jüngste Abgeordnete im aktuellen Landtag.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Landesregierung unterrichtet Parlament über Fortschritte

Wie steht es um die Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern? Die Landesregierung hat am 13. März die nunmehr vierte Gleichstellungskonzeption im Parlament vorgelegt. Sie umfasst Ergebnisse und Vorhaben für den Zeitraum von 2013 bis 2016. Das umfangreiche Maßnahmenpapier enthält grundsätzliche Aussagen zur Chancengleichheit und Pläne zur Verbesserung der Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Redner von Koalition und Opposition beantworteten in der erregten Debatte die Frage nach dem aktuellen Stand der Gleichstellung unterschiedlich. Die Unterrichtung wurde nicht zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen, sondern im Anschluss an die Diskussion für erledigt erklärt. Die LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Ministerin Birgit Hesse:

„Die Landesregierung nimmt Gleichstellung ernst“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben vor kurzem den 103. Internationalen Frauentag gefeiert. Clara Zetkin und ihre Mitstreiterinnen forderten diesen Protesttag, um insbesondere zwei Dinge zu erreichen: das Recht zu wählen und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Am 19. Januar 1919 wählten die Frauen zum ersten Mal auf nationaler Ebene, und zwar die Nationalversammlung.

Aber wie sieht es heute mit der Gleichberechtigung aus? Der Internationale Frauentag erinnert uns daran, dass noch längst nicht überall gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter gelebt wird. Die Landesregierung versteht die Gleichstellung von Mann und Frau als Querschnittsaufgabe. Die Gleichstellungskonzeption ist quasi das Pflichtenheft aller Ressorts. Schwerpunkte und konkrete Ziele werden formuliert und Probleme und Hürden auf dem Weg dahin benannt.

Seit es das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Landesverwaltung gibt, hat sich viel bewegt, zum Beispiel mithilfe der Zielvereinbarungen. [...] So wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen bringen.

Die Landesverwaltung ist dabei auf einem guten Weg. In den Ministerien ist die Zahl der Abteilungsleiterinnen weiter

[...] gestiegen. Es freut mich besonders, dass das Ministerium für Inneres und Sport in diesem Jahr den Vorschlag für eine Zielvereinbarung für den Polizeibereich vorlegen wird.

Aber das Abschließen von Zielvereinbarungen ist das eine. Wir werden nicht umhinkommen, grundsätzlich umzudenken [...]. Dazu muss eine Kultur gelebt werden, die es möglich macht, Führungsverantwortung und Privatleben besser miteinander zu vereinbaren. Dazu müssen wir alle beitragen.

„ Wir werden nicht umhinkommen, grundsätzlich umzudenken. “

In der vierten Fortschreibung der Gleichstellungskonzeption geht es um die gleichen Chancen für Frauen und Männer, für Mädchen und Jungen in allen Lebensphasen, sowie um ein faires Verhältnis der Geschlechter unabhängig von tradierten Geschlechterrollen.

Nehmen wir zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. Diese zu verbessern, ist essenziell. Männern und Frauen ist der Beruf wichtig, aber Familie, Sport und ehrenamtliches Engagement sind genauso wichtig. Ich finde, dass sich die verschiedenen Lebenswelten gegenseitig bereichern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Deshalb ist Vereinbarkeit ein Schlüssel zur Sicherung von Fachkräften, gerade in kleinen und mittelständischen Unternehmen [...] Hierbei unterstützt die Landesregierung gern [...]. Vereinbarkeit darf dabei keine leere Worthülse bleiben, sondern muss mit Leben gefüllt werden. Jede Führungskraft ist in der Pflicht, seinen Teil dazu beizutragen. Schon mit kleinen Dingen kann viel bewegt werden.

Ich achte zum Beispiel im Ministerium darauf, dass Besprechungstermine zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden. Wir sollten uns nicht darüber definieren, wie lange wir im

Büro sitzen, sondern bewusst sagen: Ich nehme mir Zeit für mich, ich nehme mir Zeit für meine Familie. Das gilt im Übrigen für beide Elternteile. Väter wünschen sich heute genauso Zeit für ihre Familien, werden aber mitunter nach wie vor schief vom Chef angeschaut, wenn der Antrag auf Elternzeit eingereicht oder die Einladung zum Feierabendbier ausgeschlagen wird.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zwei Aktionsprogramme zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben aufgelegt. Dabei sind viele gute Modellprojekte gefördert worden. Zwei sehr erfolgreiche Modellprojekte, die Ihnen schon hinlänglich bekannt sind, sind AQUA und Jobcoaching. Sie werden nun auch auf andere Regionen übertragen.

Als letztes Beispiel für diesen Schwerpunkt möchte ich die bundesweite Aktionswoche ‚Familie + Wirtschaft = Wachstum‘ hervorheben. Das Wirtschaftsministerium initiiert seit 2009 in zweijährigen Intervallen eine Vielzahl von Aktivitäten zum Thema ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘. Im Rahmen der Aktionswochen finden in Mecklenburg-Vorpommern vor allem Informationsveranstaltungen und Beratungen statt. Sie dienen der Sensibilisierung von Unternehmen für ein familienfreundliches Personalmanagement, und es werden gute Firmenbeispiele verschiedener Branchen vorgestellt. [...]

Sehr geehrte Abgeordnete, nicht erst seit Beate Zschäpe ist klar, Frauen und Mädchen spielen auch eine Rolle in der rechtsextremen Szene. In Mecklenburg-Vorpommern sind es zum Beispiel Mütter, deren rechtsextreme Einstellung in Kitas oder Schulen auffällt. Seit der Dritten Gleichstellungskonzeption achten wir deshalb verstärkt darauf, im Bereich der Prävention die spezielle Rolle der Frauen zu berücksichtigen.

Neben Einzelveranstaltungen, wie Lesungen der Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke aus ihrem Buch ‚Mädelsache!‘

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

oder Vorführungen des Films ‚Kriegerin‘, sind es vor allem Projekte der Lokalen Aktionspläne. Sie werden durch die Genderfachstelle Mecklenburg-Vorpommern oder durch das Projekt ‚Lola für Lulu‘ begleitet oder durchgeführt. Sie haben die sogenannte genderreflektierte Arbeit in den Fortbildungsplan der Landeszentrale für politische Bildung aufgenommen, sodass viele Multiplikatoren dahingehend sensibilisiert werden.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich habe Ihnen schlaglichtartig die Vierte Gleichstellungskonzeption vorgestellt [...]. Eins ist klar, die Landesregierung nimmt Gleichstellung ernst, auch ich, die ich sie ganz persönlich sehr ernst nehme. Mein Wunsch ist es, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese Konzeption mit Leben erfüllt wird. – Vielen herzlichen Dank.“

Peter Ritter, DIE LINKE:

„Gleichstellungspolitik endlich voranbringen“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister!

Das ist offensichtlich ein wichtiges Thema, welches wir jetzt behandeln, denn nicht umsonst haben drei der vier demokratischen Fraktionen die Aufsetzung dieser Unterrichtung auf die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung verlangt.

Und ich möchte mich an dieser Stelle recht herzlich bei Frau Ministerin Hesse und ihrem Team für die Vorlage der Konzeption bedanken. Die Konzeption beschreibt im Titel den Zeitraum 2013 bis 2016. [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich um die Vierte Gleichstellungskonzeption für das Land Mecklenburg-Vorpommern, also die dritte Fortschreibung der Konzeption der Landesregierung zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

Die Erarbeitung einer Gleichstellungskonzeption geht auf den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD zurück, der am 3. März 1999 auf der 10. Sitzung des Landtages beschlossen wurde. ‚Diese Konzeption soll‘ – so steht es in dem Vorhaben – ‚neben grundsätzlichen Aussagen zur Umsetzung der Chancengleichheit Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung in allen politischen Bereichen beinhalten.‘ Zitatende. (Vgl. Gleichstellungskonzeption der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern vom Juli 2000 auf Drucksache 3/1443.)

Und weiter heißt es in dieser Drucksache, ich zitiere: ‚Ziel ist es, mit Hilfe der Konzeption auch bisher als scheinbar ge-

„ Mecklenburg-Vorpommern dümpelt in der Zeitgeschichte wieder einmal hinterher. “

schlechtsneutral geltende Entscheidungen zu hinterfragen. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist auf allen Ebenen in alle politischen Konzepte, Entscheidungen und Maßnahmen einzubinden.' [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine der grundlegendsten politischen Entscheidungen auf Landesebene ist die Aufstellung des Landeshaushaltes. Auf unsere Kleine Anfrage im Januar 2012, wie weit die geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung denn gediehen ist, wurde nur ausweichend geantwortet. Aus den Antworten der Landesregierung geht hervor, dass noch nicht einmal damit begonnen wurde, das sogenannte Gender Budgeting in Mecklenburg-Vorpommern einzuführen, um überhaupt erst einmal modellhaft zu erproben, wie wir es mit unseren von Ihnen abgelehnten Anträgen im Landtag sowie im Sozial- und Finanzausschuss in den Jahren 2011 und 2012 beantragt haben.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist rückständig. [...]

In Berlin wurde bereits im Jahr 2001 damit begonnen! Mecklenburg-Vorpommern dümpelt in der Zeitgeschichte wieder einmal hinterher, und dies alles nur durch die Auffassung der Landesregierung, die da heißt: Das geht alles nicht. [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun ein Beispiel aus dem Bildungssort: Im Mai 2013 haben wir den Antrag zur Entwicklung von Leitlinien für eine geschlechterbewusste Pädagogik für Jungen und Mädchen eingebracht. Die Zielstellung unseres Antrages wurde in der Debatte von den Koalitionären bewusst ignoriert, um nicht auf das Wesentliche eingehen zu müssen. [...]

Einen Redebeitrag von der damaligen Gleichstellungsministerin zu dem Thema gab es nicht, und die Bereiche Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinderbetreuung wurden in der Debatte zur geschlechterbewussten Pädagogik von der Landesregierung ganz ausgeblendet. Dabei stand die genderbezogene frühkindliche Bildung und Erziehung bereits in den vorangegangenen Konzeptionen. Und siehe da, sie steht auch jetzt wieder drin. Aber wie glaubwürdig ist das, wenn man Anträge zur Untersetzung dessen, was in der Konzeption feststeht, ablehnt? [...]

Einige Vorschläge zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen haben wir in unserem Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes im Jahr 2012 formuliert, auch diese Vorschläge haben Sie leider nicht angenommen. [...]

Die Landesregierung hat Mittel und Wege, über die Auftragsvergabe auch in die Privatwirtschaft hineinzuwirken, Entgeltgleichheit zu fördern und soziale Standards festzulegen. Sie hat die Möglichkeit, für eine kontinuierliche und aussagekräftige Datenlage zur Widerspiegelung der Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen zu sorgen. Sie hat die Möglichkeit, in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen positiv einzuwirken. Sie muss es nur endlich tun. [...]

Um die Gleichstellungspolitik endlich voranzubringen, die Konzeption aus allen Fachbereichen zu beleuchten und die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe zu behandeln, beantragen auch wir die Überweisung der Gleichstellungskonzeption in die Ausschüsse des Landtages – und zwar in alle Fachausschüsse, weil alle Fachbereiche von dieser Konzeption berührt sind. Die Federführung obliegt dem Sozialausschuss. Und wenn die Sozialministerin hier sagt, dass sie sich freut auf eine Debatte in den Ausschüssen, dann nehme ich die Freude sehr zur Kenntnis. Allerdings musste ich auch registrieren, dass das Abstimmungsverhalten wohl ein anderes sein wird, als im Ältestenrat ursprünglich angesprochen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Maika Friemann-Jennert, CDU:

„Sensibilisierung der Unternehmen“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Landesregierung hat wieder ein Gleichstellungskonzept vorgelegt, das vierte an der Zahl, zu dem meine Vorrednerin Frau Ministerin und mein Vorredner auch schon einiges vorgetragen haben. [...]

Die Konzeption spricht von einem fairen Verhältnis der Geschlechter beziehungsweise einer gemeinsamen Herausforderung im Engagement dazu. Wenig emotional argumentieren wir zu Recht mit dem Fachkräftemangel, der uns längst erreicht hat. Fragwürdig ist allerdings, warum dabei gerade die Arbeitsbereiche Tourismus und Pflege genannt werden, ausgerechnet keine Berufsgruppen, in denen Männer bisher die Oberhand hatten, wo die Vergütung nicht traumhaft ist und die Aufstiegs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten bei familienbedingter Ortsgebundenheit überschaubar sind.

Und wenn die BA (*Bundesagentur für Arbeit – d.R.*) für 2025 mehr als sechs Millionen fehlende Arbeitskräfte prognostiziert, werden es verstärkt Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund sowie Zuwanderer sein, deren Arbeitskraft benötigt wird.

Die Landesregierung hat für die Umsetzung der Förderziele vor allem EU-Mittel vorgesehen und im Übrigen auf bereits vorgeplante Haushaltsmittel zugegriffen. Nicht gefunden habe ich, dass für einen bestimmten Zweck oder zur Umsetzung eines ganz speziellen Zieles Haushaltsmittel noch einmal hinzugepackt worden sind. Insofern stellt die Landesregierung alle genannten Ziele nebeneinander. Es gibt in der Konzeption keine Schwerpunktsetzung.

Besonders wichtig ist es mir, dass die Landesregierung sich noch einmal klar dazu bekennt, dass in allen Beschäftigungsgruppen ein faires Verhältnis der Geschlechter angestrebt werden soll. Dieser Kernsatz ist möglicherweise für die Arbeitszufriedenheit von Frauen viel entscheidender als der Wunsch nach Frauen in Spitzenpositionen. Auf diese Art und Weise eröffnen sich Fortkommensmöglichkeiten, die bisher erst schwach umgesetzt werden, denn im letzten Bericht haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass Frauen in ihren Vergütungsgruppen deutlich länger verbleiben als Männer.

*(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Soziale Verantwortung und wirtschaftliche Notwendigkeiten müssen in ein gesundes Gleichgewicht kommen.

An dieser Stelle wünsche ich mir tatsächlich auch erheblich mehr Engagement, denn eins ist auch klar: Ohne berufliche Zufriedenheit brauchen wir uns über Begleitkonzepte wie betriebliches Gesundheitsmanagement oder Betriebsausflüge keine Gedanken zu machen, die reichen nicht. Des Pudels Kern, auf den wir Einfluss nehmen können, ist die berufliche Zufriedenheit, und etwas mehr Verbindlichkeit auch für die Bereiche des lebensphasenorientierten Personalmanagements würde uns daher gut stehen. Und dabei müssen wir schon unterscheiden, was geht. Ich glaube, eine Bürokratie kann bei entsprechenden Voraussetzungen durchaus einen Vorgang mit nach Hause nehmen, um ihn von dort zu bearbeiten. Bei Präsenzberufen ist es dagegen viel problematischer mit der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, und was im öffentlichen Dienst noch als kleinste Hürde anzunehmen ist, gehört bei manchen privaten Arbeitgebern ganz sicher noch nicht zu gelebter Unternehmenskultur.

Dennoch gibt es Aktivität dazu. Frau Hesse hat es schon angesprochen. Das Wirtschaftsministerium zum Beispiel initiiert mit der Unterstützung der Aktionswoche ‚Familie + Wirtschaft = Wachstum‘ Aktivitäten zur Sensibilisierung von Unternehmen in dieser Hinsicht. Aber in der Konzeption sind ja etliche Beispiele als Tabellen angefügt. [...]

**/// In allen Beschäftigungsgruppen
fares Verhältnis der Geschlechter
anstreben. ///**

Mir würde es deutlich besser gefallen, wenn mehr auf die Erweiterung individueller Lebenschancen abgestellt würde und weniger auf Gruppendynamik. Inwieweit sich dieser Gedanke frühzeitig in Bildung und Erziehung einbeziehen lässt, darüber wäre zu reden. Mit der Konzeption sollen bisherige Verhaltensweisen und Muster aufgebrochen werden, eine Chance, jedes einzelne Kind, jeden einzelnen jungen Menschen individuell zu begleiten und zu fördern. Es genügt nicht, Geschlechterrollen überwinden zu wollen. Bei frühzeitiger Anerkennung des einzelnen jungen Menschen müssen Stereotype nicht überwunden werden, sie erwachsen gar nicht erst, und Inklusion wäre weit fortgeschritten.

Meine Damen und Herren, ich wechsele nun noch einmal das Blickfeld in den Bereich Bildung und Wissenschaft. Dort ist von Frauenmangel eigentlich nicht zu sprechen. Wir haben so viele junge Frauen, die einen Bildungsabschluss schaffen, danach auch ein Hochschulstudium absolvieren, um erfolgreich ins Berufsleben zu starten. Und was passiert dann? Dann lassen sich familiäre Wünsche und der Arbeitsalltag häufig nicht mehr selbstverständlich miteinander in Einklang bringen. Oft hängt auch beruflicher Erfolg damit zusammen. Genau an diesem Punkt entsteht die Schräglage, und damit schließt sich dann der thematische Kreis. [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gesundheitspolitik geschlechterorientierter auszugestalten ist eine Forderung, die zunehmend wichtig wird. Dabei ist festzustellen, dass gerade im Bereich Prävention die Krankenkassen schon geraume Zeit unterwegs sind. Bei dieser Frage stehen die Männer sogar und tatsächlich im Präventionsfahrwind der Frauen. Im Bericht findet sich der Verweis auf die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern, Arbeitskreis ‚Gender & Gesundheit‘, mit einem guten Internetauftritt, aber das Thema selbst, muss ich sagen, hat mich da nicht so angehoben.

Zuletzt möchte ich besonderes Augenmerk auf den Bereich der Rechtsextremismus-Prävention legen, ein besonders sensibler Bereich, denn Rechts macht sich auf örtlicher Ebene schon im frühkindlichen Bildungsbereich breit. Mütter mit Engagement im Kindergarten oder in der Grundschule sind schwer als politisch rechts auszumachen. Noch viel schwieriger ist ein Stoppen dieser Frauen, denn jede Einrichtung sucht händeringend engagierte Mitmacher.

*(Stefan Köster, NPD: Wollen Sie
die alle einsperren, oder was?)*

Es muss deshalb auch versierten Pädagogen schwerfallen, Eltern, insbesondere Mütter, die durch ihre Aktivitäten hilfreich sind, auszugrenzen. Die tatsächlichen Gegebenheiten können dann zu einer falsch verstandenen Akzeptanz führen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Mir missfällt im Übrigen im Bericht unter Punkt 13 generell eine Betrachtung in Genderperspektive. Irgendwie trifft es

das Thema nicht richtig, wenn die Überschrift lautet: ‚Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene‘. An dieser Stelle muss politische Bildung wichtiger werden, als Hilfe im Alltag sozusagen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich würde Wahrheitsdrogen empfehlen.)

Sie haben auch immer dieselben Sprüche.

*(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Genau. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)*

Ich komme zum Schluss.

Die gesamte Konzeption der Landesregierung beschreibt größtenteils nachvollziehbar die Gegebenheiten vor Ort und formuliert Ziele, die Überzeugungsarbeit voraussetzen. Ich bin sehr gespannt, wie die nächste Berichterstattung dazu ausfallen wird. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Weit hinter den politischen Möglichkeiten“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! [...]

Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe. Darin stimmen wir mit den Verfasserinnen und Verfassern der Vierten Gleichstellungskonzeption völlig überein. Genau deshalb war und ist die Verlagerung des Aufgabenbereiches aus der Staatskanzlei in ein Fachressort für uns Bündnisgrüne auch nicht nachvollziehbar. [...] eine Berichterstattung im Kabinett, das ist ein begrüßenswerter Anfang. Machen Sie mehr daraus, Frau Hesse, [...].

Wir meinen, wer A sagt, muss auch B sagen. Machen Sie erstens die Berichterstattung dem Landtag beziehungsweise der Öffentlichkeit zugänglich und etablieren Sie zweitens konkrete Gleichstellungsziele auch in anderen Bereichen, und zwar so, dass sie mithilfe von Indikatoren messbar und auswertbar werden!

Die Vierte Gleichstellungskonzeption gliedert sich in Teil I ‚Herausforderungen, Ziele, Handlungsschwerpunkte‘ und in Teil II ‚Maßnahmen‘, wobei diese Bezeichnungen eher irreführend sind. Teil I könnte in weiten Teilen auch ‚Bestandsaufnahme‘ heißen und Teil II ‚Ergänzende Auflistung laufender Vorhaben‘, wobei gar nicht gesagt werden soll, dass die Analysen grundsätzlich falsch wären. Sie sind nur nicht entsprechend untersetzt, und es fehlen die Schlussfolgerungen.

So ist beispielsweise auf Seite 10 zu lesen, ich zitiere: ‚Berufe und Lebensmuster, die als weiblich gelten, werden nach wie vor geringer bewertet als männliche.‘ Zustimmung, meine Damen und Herren! Und welcher Handlungsbedarf ergibt sich nun daraus für die Landesregierung? [...]

Ich möchte Ihnen ein weiteres Beispiel dafür geben, dass mit dem vorliegenden Papier zu kurz gesprungen wird. Die gendersensible Verbesserung der Berufsorientierung [...] ist sicher ein wichtiges Unterfangen. Aber die Betrachtung darf dort nicht stehen bleiben. Auch für Frauen, die sich beruflich umorientieren wollen oder müssen, sind adäquate Angebote erforderlich. Das Schlecker-Debakel hat einmal mehr gezeigt, wie reflexartig die Frauen immer noch in Gesellschaft, Politik und Arbeitsverwaltung auf Erziehungs- und Pflegearbeit abonniert und reduziert werden. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt in der Gleichstellungskonzeption etliche Sätze, in denen die Landesregierung ihre Bereitschaft zum Abschluss von Vereinbarungen dokumentiert [...] oder ihren Plan verkündet, frauenfördernde Netzwerke zu initiieren und zu pflegen [...]. Da kann ich nicht umhin zu fragen: Was heißt das denn konkret? Beinhalten solche Vereinbarungen und Vernetzungen ideale oder auch finanzielle Förderungen? Sind damit Parameter und Zielzahlen verknüpft? Wer vereinbart was mit wem und weshalb? [...]

Das sind im Übrigen auch die Fragen, die sich mir bei der Lektüre des Teils II, Sie erinnern sich, ‚Maßnahmen‘, aufgedrängt haben. Vieles an der dortigen Auflistung bleibt hinsichtlich der Ergebniserwartungen sehr im Vagen. Teilweise werden Selbstverständlichkeiten und originäre Aufgabenbeschreibungen der Verwaltung als Maßnahmen aufgeführt [...]. Das ist enttäuschend.

Die aufgelisteten Maßnahmen sind weder durch Laufzeiten noch durch Berichtsdaten konkretisiert. Wenn dann auch noch eine exakte Benennung von Zielen fehlt, sodass der Verlauf oder die Umsetzung der Maßnahmen nicht nachvollziehbar gemacht werden können, dann können Fortschritte

„ Teilweise werden Selbstverständlichkeiten als Maßnahmen aufgeführt. “

der Gleichstellungspolitik in unserem Land weder kenntlich gemacht noch überprüft werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Vierten Gleichstellungskonzeption ist die Landesregierung weit, wirklich weit hinter ihren politischen Möglichkeiten zurückgeblieben. [...]"

Martina Tegtmeier, SPD:

„Privat und gesellschaftlich Flagge zeigen“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dass die NPD hier nichts beizutragen hat, ist ja klar.

Bevor ich inhaltlich einsteige, möchte ich auf einige meiner Vorredner ganz kurz eingehen. Herr Ritter, Sie sprachen hier die Kontinuität an, und Frau Friemann-Jennert sprach an, dass – nein, das war Frau Gajek – dass wir bei den Maßnahmen ergänzende Aufzählungen laufender Maßnahmen zu verzeichnen hätten.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, was ist das denn? Es ist eine Fortschreibung einer Konzeption. Das kann ja gar nicht anders funktionieren. [...]

Ich will als letzte Rednerin – es sind natürlich schon so viele Sachen gesagt worden, und Sie wissen, ich wiederhole mich hier nicht gern zu Dingen, die bereits ausführlich dargestellt sind – aber noch mal so einige Punkte nennen.

In der Einleitung – das ist auch gesagt worden – wird darauf hingewiesen, dass die Einführung des Prinzips der Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Landesverwaltung dazu geführt hat, dass eine Vielzahl von Kabinettsbeschlüssen auf ihre Geschlechterrelevanz und ihre Wirkungsfolgen überprüft werden müssen. Es ist die Rede davon gewesen, dass die Zielvereinbarungen mit den Ministerien abgeschlossen wurden und teilweise noch abgeschlossen werden. [...]

Die Unterteilung in Teil I und Teil II ist benannt worden. Ich möchte Ihnen trotzdem noch mal die für mich wichtigen Aussagen zunächst aus dem Teil I benennen. Herr Ritter hat ein bisschen darauf rumgehackt, ich finde, ungerechtfertigter Weise.

Ich zitiere: ‚In allen Bildungsstufen von der frühkindlichen Bildung bis zur Berufsausbildung soll Gender Mainstreaming durchgängiges Prinzip sein. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei bereits auf einer genderbezogenen frühkindlichen Bildung und Erziehung. Denn bereits vor dem Schuleintritt bilden sich geschlechtsspezifische Verhaltensweisen und Verhaltensmuster heraus. Durch die Einführung der Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in M-V wurde das Anliegen einer genderbezogenen frühkindlichen Bildung und Erziehung aufgegriffen und umgesetzt. Der geschlechtersensible Ansatz war und ist durchgängiges Leitprinzip bei der Erarbeitung der einzelnen Kapitel im Sinne der individuellen Bildung, Erziehung und Betreuung. So findet sich in allen Kapiteln eine Reihe von allgemeinen, inhaltlichen und methodischen Anregungen und Hinweisen zur Umsetzung dieses Prinzips der individuellen Förderung.‘ Und ich sage noch mal – der individuellen Förderung.

„ In der Realität sieht das leider längst nicht so gut aus. „

Die Bildungskonzeption stellt das einzelne Kind, das Mädchen und den Jungen, in den Mittelpunkt. Lernen und Bildung werden als ein sozialer Prozess verstanden, in dem neben der kulturellen und sozialen Herkunft des Kindes auch sein Geschlecht, seine jeweilige Entwicklungsstufe und seine besondere Situation innerhalb der Gruppe Berücksichtigung finden. Verschiedenheit wird so zur Bildungschance und Bildungsbereicherung. [...]

Aber zunächst einmal ist festzuhalten, dass im Teil II der Konzeption allein 65 konkrete Maßnahmen für zwölf identifizierte Aktionsfelder beschrieben werden. Sie haben alle schon das eine oder andere Feld angesprochen. Ich benenne sie hier der Vollständigkeit halber noch mal alle:

1. Als Erstes ist die Umsetzung der Querschnittsaufgabe Gleichstellung der Geschlechter in der Staatskanzlei und den Ressorts benannt.
 2. Chancengleichheit von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen in Bildung, Ausbildung, Übergang von Schule in den Beruf
 3. Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben sichern
 4. Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben für Frauen und Männer verbessern
 5. Partizipation von Frauen fördern
 6. Netzwerke nutzen
- Darüber hat sich Frau Gajek hier eben schon ein bisschen lustig gemacht.

7. Frauen in der Wissenschaft
8. Geschlechtergerechtigkeit in der Gesundheit
9. Benachteiligungen von Frauen mit Behinderungen beseitigen
10. Soziale Sicherung von Frauen
11. Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht
Das sprach Frau Friemann-Jennert ja auch schon an und machte ein großes Fragezeichen dahinter.
12. Maßnahmenplan zum Landesaktionsplan zum Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder

[...] Wie Frau Gajek und viele andere auch – Herrn Ritter habe ich dieses Mal nicht gesehen, sonst ist er ja auch immer dabei – war ich auf der Frauentags-Veranstaltung der Ministerin, diesmal am 6. März im Goldenen Saal in Schwerin, unter der Überschrift ‚Lebenswege‘. Ich weiß nicht, welche Arbeitsgruppe Frau Gajek bereichert hat, ich selbst habe mich der Arbeitsgruppe ‚Geschlechtersensible Berufsorientierung‘ angeschlossen.

Für mich war das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe aber, nüchtern betrachtet, das folgende: Auf dem Papier sind wir gut und in naher Zukunft werden wir, glaubt man Herrn Ingo Schlüter in diesem Zusammenhang, der daran auch teilgenommen hat, noch viel besser sein. In der Realität sieht das aber leider längst nicht so gut aus.

Trotz erfolgreicher Durchführung verschiedenster Maßnahmen – die sind zu verzeichnen im Übergang von der Schule in den Beruf, hier nenne ich auch noch mal ausdrücklich den Mädchentag und den Jungentag und die stetige Zunahme der Teilnehmer, das hat sich ja praktisch fast schon wie so ein Schneeball entwickelt, also sehr positiv – schlägt sich das in der tatsächlichen Berufswahl nicht wirklich nieder. Auch die Betriebe, die sich daran beteiligen, und die Betriebe, die sich das angucken, sind nach wie vor nicht so leicht davon zu überzeugen, dass Mädchen in die vermeintlich männertypischen Berufe, die sie anbieten, wirklich hineinpassen. Ein Vertreter eines Unternehmensverbandes, der seit vielen Jahren seine eigenen Unternehmen bewirbt, saß auch in dieser Runde und resümierte, er kommt da nicht recht voran.

Wenn man das mal nüchtern betrachtet, ist das auch wirklich kein Wunder, denn das Rollenbild der Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht verändert. Das äußert sich auch ganz konkret. Wenn man sich die Pressemeldungen der letzten Wochen mal zu Gemüte führt, ist das teilweise richtig erschreckend. Zum einen wurde in einer Pressemeldung verkündet, dass heute mehr Gewalt gegen Frauen zu verzeichnen ist als je zuvor. Das liegt natürlich auch daran, dass man heute darüber offen spricht.

Jede vierte Frau in der EU gibt zu, dass sie bereits Opfer von Gewalt wurde. In Ländern, wo Frauen besonders selbstbewusst und offensiv mit dem Thema umgehen und wo auch die Gleichstellung insgesamt gut klappt, sind das sogar wesentlich mehr Frauen. Die Zahl in Dänemark liegt bei 52 Prozent. [...]

In der Arbeitsgruppe, von der ich eben berichtet habe, wurde aber auch bemängelt, dass die Lehrkräfte in Schulen und das Betreuungspersonal in Kindertageseinrichtungen noch große Defizite in Bezug auf ein eigenes Genderbewusstsein hätten. Dazu kann ich eigentlich nur sagen: Wenn man sich den Altersdurchschnitt so anschaut, dann sind auch diese Personen nur ein Abbild der Gesellschaft. Die Prägung unserer Kinder fängt doch spätestens nach der Geburt, eigentlich schon ein bisschen früher, im Elternhaus an.

Und ich möchte Sie alle hier nicht fragen, wer seinen Kindern alte deutsche Märchen vorgelesen hat

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich!)

oder wer da ganz bewusst auf das eine oder andere verzichtet hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Neel!)

Wenn man genauer hinguckt, sind ganz viele alte deutsche Märchen in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen einfach von der Bildfläche verschwunden, teilweise weil sie sehr brutal sind oder waren, teilweise aber auch, weil sie nach heutigen Maßstäben politisch einfach unkorrekt waren, weil ja darin sehr stark die Rollenklischees und die Verurteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen vorgekommen sind. Anders aber sind diese ‚netten‘ Märchen wie zum Beispiel Dornröschen, Aschenputtel, König Drosselbart. Welches Mädchen- und Frauenbild wird uns denn da gezeigt? Wenn Frauen selbstständig, unabhängig und älter sind, dann sind das böse Stiefmütter oder dann ist das gar die böse Hexe. [...]

Wenn junge Frauen die Hauptperson sind, dann sind sie mädchenhaft schön, vor allen Dingen aber auch schön blöd, weil sie nicht in der Lage sind, selbst Entscheidungen zu treffen, die gut für sie selbst sind. Nein, da muss der strahlende Ritter in goldener Rüstung oder zumindest der durchschnittliche Prinz kommen, das Dümmerle retten und in sein Schloss abschleppen. [...]

Auf diese Stigmatisierung von Frauen vergangener Jahrhunderte setzt doch auch die heutige Unterhaltungsindustrie, die Filmindustrie auf.

Das sind dann solche Schmachtfetzen wie ‚Pretty Woman‘ – ohne jeden Realitätsbezug. [...]

Und die Mütter von heute? Auch die kann ich nicht ganz von meiner Kritik ausnehmen. Die Mütter von heute in unserer direkten Nachbarschaft sind es doch, die bereits ihre kleinen Töchter, bevor sie überhaupt in die Schule gehen, ermuntern, sich schön zu machen. Sie malen ihnen sogar die Fingernägel an und lassen ihnen Ohrlöcher stechen. Wie soll denn das Fachpersonal in Kitas und Schulen dagegen ankommen? [...]

Sehr geehrte Damen und Herren, Konzeptionen sind das eine. Ich finde, die Konzeption, die uns die Sozialministerin

heute hier vorgestellt hat, kann durchaus Erfolge aufzeigen, hat durchaus etwas zu bieten und ist durchaus gehaltreich, auch wenn die Opposition natürlich Unvollständigkeiten erkennt. Es ist sowieso nichts so gut, dass man es nicht besser machen kann. [...]

Die Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft ist aber das andere, und daran müssen wir alle, die wir hier sitzen, jedenfalls wenn wir es ernst meinen, mitarbeiten. Vor allen Dingen müssen wir in unserem gesellschaftlichen, aber auch in unserem privaten Umfeld Flagge zeigen und dafür einstehen. Ich glaube, das tun auch nicht wirklich viele aus vollem Herzen.

Es ist hier schon angeklungen, dass wir von einer weiteren Beratung in den Ausschüssen absehen wollen und dafür plädieren, die Gleichstellungskonzeption an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen. – Vielen Dank.“

Anmerkung

Nach Martina Tegtmeier sprach Torsten Kolpin (DIE LINKE). Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen.
www.landtag-mv.de (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle)

Stefan Köster, NPD:

„Verfassungswidrige Gleichmacherei“



Foto: Cornelius Kettler

„[...] Die vorgelegte Unterrichtung [...] zur Durchsetzung der angeblichen Gleichstellung von Frauen und Männern geht [...] wieder einmal an der Lebenswirklichkeit vorbei. [...]

Frau Tegtmeier, ich bin mir sicher [...], dass die Mehrheit der Bürger von Mecklenburg und Vorpommern Ihnen nach Ihrer Rede den Vogel gezeigt hätte. [...]

Durch absurde und weltfremde Regelungen wie Frauenquote und sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern wird ein künstlich geschaffenes soziales Bild ge-

schaffen, welches sich den natürlichen Geschlechterrollen entgegenstellt.

Mit der Losung der ‚wachsenden kulturellen Vielfalt‘ [...] besonders den ‚Belangen von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund gerecht zu werden‘, belegt diese Landesregierung erneut, dass ihr Handeln nicht nach dem Leitsatz des Artikels 56 im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, demzufolge Amtsträger ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen haben, Rechnung trägt. Die verschiedenen Grundrechte zwischen den Angehörigen des deutschen Volkes und anderer Völker werden nicht akzeptiert von der Landesregierung und stattdessen wird verfassungswidrig Gleichmacherei betrieben. [...]

„// Für den Irrwitz Ihrer politischen Einstellungen sprechen die wahren Fakten.“ //

Für den Irrwitz Ihrer politischen Einstellungen sprechen die wahren Fakten. So berichtete [...] Die Welt vom 7. März 2013 aus einer Studie der AOK, dass jedes fünfte Kind sich krank fühlt: ‚Jedes fünfte Kind fühlt sich krank‘ und ‚Ursache für die gesundheitlichen Beschwerden ist oft das häusliche Klima. Viele Familien‘ – so die Studie – ‚leiden demzufolge aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern unter Stress‘.

Die immer weiter fortschreitende Verstaatlichung der Familie, die mit einer Vollzeitarbeit beider Elternteile einhergeht, da ansonsten das Familienleben nicht aus eigenem Einkommen bestritten werden kann, und die dadurch bedingte Entfremdung der Eltern von ihren Kindern und umgekehrt müssen unverzüglich beendet werden.

Für das Kinder- und auch das Familienwohl sind die Familien so zu unterstützen, dass diese genügend Zeit für das Familienleben haben. [...]

Abstimmung

Der Ältestenrat hat vorgeschlagen, die Unterrichtung durch die Landesregierung zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Europa- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Agrarausschuss, den Bildungsausschuss sowie den Energieausschuss zu überweisen. Dieser Vorschlag wurde bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt. Damit wurde die Unterrichtung für verfahrensmäßig erledigt erklärt.

Drucksache 6/2664



Zahlreiche Zuschauer verfolgten die Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss zum geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA.

Foto: Landtag M-V

Freihandelsabkommen

Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss

Am 5. März hat der Europa- und Rechtsausschuss in öffentlicher Sitzung einen Experten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA angehört.

Seit Mitte 2013 verhandeln die EU und die USA über eine „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Das Abkommen soll den Abbau von Handelshemmnissen, die Öffnung der Märkte im öffentlichen Auftrags- und Dienstleistungswesen sowie einen sogenannten Investitionsschutz umfassen. In der Öffentlichkeit ist Kritik laut geworden, weil die Verhandlungen nicht öffentlich stattfinden und der Vertragstext nicht einsehbar ist. Die Kritiker befürchten eine dramatische Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, die Aushöhlung von Verbraucherschutz- und Umweltstandards, die Privatisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und privilegierte Klagerechte für Konzerne. Wie groß die Skepsis ist, zeigt auch eine Bundestagspetition, die mit 56.000 Unterschriften das erforderliche Quorum erreicht hat.

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung befragte der Europa- und Rechtsausschuss des Landtages den Experten des Bundes-Wirtschaftsministeriums Dr. Heinz Hetmeier zu Inhalt und Stand der Verhandlungen. Hetmeier versicherte, dass die Bundesregierung die Befürchtungen der Bundesländer ernst nehme. Das Abkommen beinhalte definitiv keinen Privatisierungszwang im Bereich der Daseinsvorsorge. Auch seien Finanzdienstleistungen davon nicht erfasst. Laut Hetmeier sei auch nicht vor 2015 mit einem Verhandlungsergebnis zu rechnen.

Erfolg kein Selbstläufer

Wirtschaftsausschuss informiert sich auf der ITB



Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses haben am 6. März die Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin besucht. Die Parlamentarier nahmen auch am 17. Tourismusforum des Ostdeutschen Sparkassenverbandes teil, bei dem das DARWINEUM des Rostocker Zoos als Landessieger und „Leuchtturm der Tourismuswirtschaft“ ausgezeichnet wurde.

Nach 25 Jahren Deutsche Einheit zog das Sparkassen-Tourismusbarometer eine positive Bilanz. Dank zahlreicher öffentlicher Förderprogramme und privater Investitionen habe sich der Tourismus in Ostdeutschland zu einer tragenden Wirtschaftssäule entwickelt. Die Übernachtungsnachfrage habe sich seit Anfang der 1990er-Jahre mehr als verdoppelt, die Übernachtungen von ausländischen Gästen sogar verdreifacht. Mecklenburg-Vorpommern zähle unter den ostdeutschen Ländern neben Brandenburg zu den Gewinnern der letzten Saison und habe 2013 mit rund 28,2 Millionen Übernachtungen zudem sein bisher zweitbestes Ergebnis erzielt. Bei der Gästezufriedenheit liege Mecklenburg-Vorpommern in Ostdeutschland an der Spitze und sogar über dem Bundesdurchschnitt.

Der Erfolg sei aber keine Selbstläufer, vor allem werde der Wettbewerbsdruck weiter steigen. Daher befasste sich das Sparkassen-Tourismusbarometer auch mit der Frage, wie gut die ostdeutschen Tourismusunternehmen für die Zukunft gerüstet sind. Da gerade kleine und mittlere Unternehmen das touristische Geschehen in Ostdeutschland prägen, müssten sie ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern.

Neben der Fachkräftesituation, der Kreativität und Innovationsfähigkeit müsse insbesondere die Kompetenz des Unternehmers künftig stärker in den Fokus genommen werden. Es seien nicht nur branchenspezifische Ausbildung und Erfahrungen gefordert, sondern auch Fähigkeiten in Management und Betriebswirtschaft.

Bei ihrem Messerundgang konnten sich die Abgeordneten davon überzeugen, dass die Branche optimistisch in die neue Saison blickt. Dennoch gilt es, weiterhin den Service und die Qualität zu verbessern. „Auch künftig sind Investitionen in der Tourismusbranche erforderlich“, stellte der Ausschussvorsitzende **Dietmar Eifler** nach dem Rundgang fest. Beispielsweise sei Mecklenburg-Vorpommern bei der ADFC-Radreise-Analyse von Rang 2 auf Rang 4 abgerutscht. Das verdeutliche, dass insbesondere die Radwege weiter vernetzt werden müssten. „Dabei ist wichtig, dass Land, Landkreise und Kommunen an einem Strang ziehen und sich auf ein abgestimmtes Konzept einigen“, betonte Eifler.

Vor Ort

Finanzausschuss informierte sich in Rostock über den Einsatz von Fördermitteln

Wie verantwortungsbewusst und sinnvoll werden Fördermittel des Landes eingesetzt? Dieser Frage will der Finanzausschuss des Landtages in diesem Jahr durch Besichtigungen von Investitionsvorhaben vor Ort nachgehen. Am 27. Februar standen die Universitätsmedizin Rostock (UMR) und die Nordic Yards-Werft in Rostock-Warnemünde auf dem Besuchsprogramm.



Foto: Landtag M-V

Der Finanzausschuss des Landtages berät mit Vertretern der Universitätsmedizin Rostock über das Bauvorhaben in der Schillingallee.

Ein geführter Rundgang über den neuen Campus der UMR verschaffte den Abgeordneten eine Vorstellung von den langfristigen Zielen der UMR und von den bereits erreichten Erfolgen im Baugeschehen, in der Gesundheitsversorgung sowie in Forschung und Lehre. Beispiele für Letzteres sind steigende Zahlen bei Studierenden und Promotionen und die neben dem Landeszuschuss in 2013 zusätzlich einge-

worbenen 19 Millionen Drittmittel. Beeindruckt haben das Neben- und Miteinander von Alt- und Neubauten sowie das in der Umsetzung befindliche Tunnelsystem, wodurch Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie Warenlogistik unter die Erde verlegt werden sollen. Dabei werden vorhandene Tunnel ertüchtigt und neue errichtet. Laut Prof. Dr. Christian Schmidt sei eine der zukünftigen Herausforderungen, Fachkräfte an die UMR zu binden. Die bereits ergriffenen Maßnahmen dazu können sich aus Sicht der Abgeordneten sehen lassen. So hat die UMR unter Beteiligung des Instituts „Leben und Lernen“ eine an den Dienstzeiten ausgerichtete Kita für Kinder von Mitarbeitern eingerichtet. Es werde sogar über eine Erweiterung nachgedacht. Zudem soll eine bilinguale Grundschule entstehen.

Auf der Nordic Yards-Werft in Rostock-Warnemünde erläuterte Jürgen Wollny, Vizepräsident von Nordic Yards, den Abgeordneten die Unternehmens- und Organisationsstruktur sowie den aktuellen Auftragsbestand und Zukunftsperspektiven. Weg von einer klassischen Werft für Containerschiffbau spezialisierte sich der Standort auf Spezialschiffe und Strukturen für Offshore-Anlagen. Die Abgeordneten erkundigten sich u. a. nach Finanzierungsbedingungen diesbezüglich auf dem Markt und der Wertigkeit von Landeshäufigkeiten. Bei einem Rundgang durch die für Offshore-Windparks vorgesehene Plattform „SylWin Alpha“ zeigten sich die Abgeordneten von der Größe der technischen Einrichtungen sehr beeindruckt.

Regionen in Europa



Landtag bei Konferenz der Regionen und Städte in Athen vertreten

Auf Einladung des EU-Ausschusses der Regionen und der griechischen Region Attika fand am 7. und 8. März in Athen die 6. Konferenz der Regionen und Städte Europas statt. Für Mecklenburg-Vorpommern nahm Europausschuss-Vorsitzender **Detlef Müller** teil.

Mehr als 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten unter anderem mit EU-Kommissionspräsident Barroso und dem Vize-Generalsekretär der OECD über die Frage, wie insbesondere auch die regionale und kommunale Ebene mitwirken kann, dass mehr Arbeitsplätze entstehen und die Wirtschaft europaweit Fahrt aufnimmt.

„Für alle europäischen Regionen und Kommunen wird es in Zukunft nicht einfach“, sagte **Detlef Müller** im Anschluss an den Gipfel. „Wir werden mit weniger öffentlichen Mitteln mehr für die Bürgerinnen und Bürger tun müssen. Doch es gibt kein Zurück zu einer schuldenfinanzierten Politik.“

Untersuchungs- ausschuss

Zeugenvernehmungen dauerten bereits über 50 Stunden

Seit seiner Konstituierung Ende 2012 hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Insolvenz der P+S Werften einige Sitzungen durchgeführt, darunter eine Vielzahl öffentlicher Termine zur Beweiserhebung. In gut fünfzig Stunden wurden unterschiedliche Zeugen vernommen, um deren Aussagen zu der Situation der Werften in den Jahren 2009 und 2010 und deren Berichte über damaligen Motive der Handelnden zu erfahren.

Auch wenn die Zeugen sich nicht im Einzelnen an jede Vorlage oder Entscheidung erinnern konnten, ergibt sich doch insgesamt ein zunehmend klareres Bild. Über die gewonnenen Erkenntnisse und die damit verbundenen Schlussfolgerungen hat der Ausschuss in mehreren nicht öffentlichen Sitzungen seit Anfang dieses Jahres beraten. Die Untersuchung des Zeitraums Ende 2009 bis Mitte 2010 ist damit praktisch abgeschlossen. Dabei ging es insbesondere um die Einrichtung einer Sanierungstreuhand und die umfangreiche Gewährung von Bürgschaften zur Absicherung des Sanierungsprozesses.

Zu der Frage der wirtschaftlichen Situation der Hegemann Werften GmbH Ende 2009 haben die Mitglieder des Ausschusses Einigkeit darüber erzielt, dass sich die Hegemann Werften zu diesem Zeitpunkt in einer wirtschaftlich derart schwierigen Situation befanden, die ohne finanzielles Engagement der öffentlichen Hand kurzfristig zur Zahlungsunfähigkeit der Werften geführt hätte. Es drohte also bereits damals eine Insolvenz, die letztlich dann 2012 eintrat. Der Ausschuss erzielte auch Einigkeit über die grundsätzliche Sanierungsfähigkeit der Werften. Kein Einvernehmen gibt es aber, ob die tatsächlich ergriffenen Rettungsmaßnahmen die richtigen waren. Sowohl die Einrichtung einer Treuhand als auch die Form der finanziellen Absicherung bleibt im Einzelnen umstritten.

Foto: Jens Büttner



Bis zur parlamentarischen Sommerpause im Juli und August 2014 sind weitere neun Vernehmungen angesetzt. Gegenstand werden der laufende Geschäftsbetrieb ab 2010 und die Gewährung der Rettungsbeihilfe sowie die Anmeldung der Insolvenz im Jahre 2012 sein.

Enquete-Kommission

Zwischenbericht zur Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt

Am 28. März befasste sich die Enquete-Kommission in ihrer 20. Sitzung mit einem Zwischenbericht. Die für die 6. Legislaturperiode eingesetzte Kommission widmete sich bereits den Themenfeldern Lebenssituation Älterer und Wohnen im Alter. Gutachten und Anhörungen bilden die Grundlage für den Bericht und die Verabschiedung von konkreten Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Wohnsituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern.



Beim 8. Altenparlament am 20. November 2013 wurde auch das Thema Wohnen im Alter diskutiert. Foto: Uwe Balewski

Die Bevölkerungszahl nimmt in den meisten Gegenden von Mecklenburg-Vorpommern stetig ab, gleichzeitig steigt der Anteil älterer Menschen. Diese Verschiebung der Altersstruktur hat zur Folge, dass bis 2030 ein Drittel der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern über 65 Jahre alt sein wird.

Der erste Teil des Zwischenberichts führt in die Lebenssituation älterer Menschen ein, erläutert soziodemografische Eckdaten und stellt die Einkommenssituation Älterer dar.

Die Lebenswelten Älterer gestalten sich sehr unterschiedlich. Eine Expertenanhörung zur Einkommenssituation ergab, dass der Rückgang der Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung vorhersehbar ist. Dies ist aber bisher die wichtigste Säule der Alterssicherung in Mecklenburg-Vorpommern.

Besondere demografische Herausforderungen stellen sich für die ländlichen Räume, um die Versorgung Älterer sicherzustellen. Mit dem Wegzug der Jüngeren ist oft der Fortbestand der Infrastruktur bedroht.

Zum Thema Wohnen im Alter enthält der Bericht Handlungsempfehlungen. Um den erhöhten Bedarf an altersgerechtem Wohnraum zu decken, empfiehlt die Kommission die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle auf Landesebene für eine flächendeckende, mobile Wohnberatung. Daneben spricht sich die Kommission für die Überarbeitung rechtlicher Grundlagen, wie der Landesbauordnung, und die Förderung alternativer Wohnformen aus. Ein sozialraumorientiertes Quartiers-, Stadt- und Dorfmanagement mit Unterstützung Haupt- und Ehrenamtlicher soll helfen, damit Ältere lange im gewohnten Wohnumfeld bleiben können.

Kommissionsdrucksache 6/30



Teilnehmer der Ausschussreise vor dem Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages in Brüssel.

Foto: Landtag-MV

Für M-V in Europa

Europa- und Rechtsausschuss in Brüssel

Im Rahmen einer Unterrichtungsfahrt hat sich der Europa- und Rechtsausschuss vom 18. bis 20. März in Brüssel über aktuelle europapolitische Themen informiert und Kontakte am Sitz der Europäischen Institutionen gepflegt.

Bei den Gesprächen mit dem MV-Informationsbüro in Brüssel, dem Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages sowie mit Vertretern der Europäischen Kommission ging es um das derzeit verhandelte Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), die Einführung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, die geplante Europäische Datenschutzreform, die europaweite Einführung einer Standard-Mehrwertsteuererklärung und die Reformbemühungen der EU-Kommission zur Besteuerung des öffentlichen Sektors.

Antrittsbesuch

US-Diplomatin zu Gast im Landtag

Die Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Nancy Corbett, weilte am 3. April zu ihrem Antrittsbesuch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider empfing die Diplomatin, die ihr Amt im September 2013 in Hamburg angetreten hatte. Mecklenburg-Vorpommern gehört neben den Bundesländern Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum Zuständigkeitsbereich des Hamburger US-Generalkonsulates. Während des Gesprächs informierte Sylvia Bretschneider über die Zusammensetzung



Foto: Landtag-MV

und Arbeitsweise des hiesigen Landesparlamentes. Das internationale Engagement des Landtages, etwa innerhalb des Parlamentsforums Südliche Ostsee und in der Vereinigung Partnerschaft der Parlamente, bildete einen weiteren Schwerpunkt.

Nancy Corbett arbeitete als Berufsdiplomatin des US-Außenministeriums bereits in Konsularabteilungen in Kaduna (Nigeria), Peking, Tokio und Minsk sowie in den Abteilungen für öffentliche Angelegenheiten in Peking, Almaty, Bagdad und Chengdu (Südwest-China). Zwei Jahre war sie für die US-Außenvertretung in Afghanistan tätig, zunächst als Kulturattaché an der Botschaft in Kabul und anschließend als Presse- und Kulturattaché beim Regionalkommando Nord im Camp Marmal.

Gäste aus den USA hatte der Landtag bereits zwei Tage vor dem Besuch von Nancy Corbett. Am 1. April besuchten 60 Jugendliche aus dem US-Bundesstaat Michigan das Schweriner Schloss. Sie informierten sich über die frühere und heutige Nutzung des Schlosses, besichtigten das Schlossmuseum und schossen jede Menge Erinnerungsfotos im Plenarsaal. Die jungen Amerikaner weilten in Rahmen eines Schüleraustausches des Landkreises Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern.



Erfolg braucht Vielfalt

Landtag beim „WIR-Aktionstag“
im Schweriner Schlosspark-Center dabei

Buntes Treiben im Schweriner Schlossparkcenter am 15. März. Im Erdgeschoss des Einkaufszentrums präsentierten sich 26 Vereine, Verbände, Initiativen und Organisationen den Besucherinnen und Besuchern. Mit einem breiten Angebot, das von Kinderschminken über Informationen, Mitmach-Aktionen bis hin zu einem bunten Bühnenprogramm reichte, informierten alle Teilnehmenden über die vielfältigen Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements und bezogen zugleich Position gegen Extremismus und Rassismus.

Auch der Landtag war bei diesem Aktionstag der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ vor Ort. Bei einem Quiz und an einem Glücksrad konnten Besucher ihr Wissen testen sowie an der „Meinungswand“ und im direkten Gespräch mit Abgeordneten Meinungen, Fragen und Anregungen zur Landespolitik äußern. Neben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider waren auch Vize-Präsidentin Silke Gajek (B'90/DIE GRÜNEN), Tilo Gundlack, Thomas Schwarz und Rainer Albrecht (alle SPD) sowie Helmut Holter und Henning Foerster (beide DIE LINKE) vor Ort. Auch der Bürgerbeauftragte des Landes Mathias Crone stand für Fragen und Hilfe bei Problemen mit Behörden zur Verfügung.

Das überparteiliche und landesweite WIR-Bündnis vereint mehr als 1.400 Einzelpersonen, Vereine, Verbände und Organisationen. Alle Unterstützer zeigen Gesicht für ein weltoffenes, demokratisches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern.

www.erfolg-braucht-vielfalt.de

Fotos: Landtag M-V



„Wir knacken das Schloss“

Vorbereitung für Jugend im Landtag 2014 läuft auf Hochtouren



Foto: Uwe Sinnecker

Vom 23. – 26. Juni findet bereits zum neunten Mal „Jugend im Landtag“ im Schloss Schwerin statt. Das Organisationsteam von Jugendlichen, Landesjugendring und Landtag ist mit Hochdruck dabei, wieder vier tolle Begegnungstage zwischen Jugendlichen und Landespolitikern auf die Beine zu stellen. Beim zweiten Vorbereitungstreffen in Rostock Anfang März nahm das Programm schon konkrete Formen an. Und ein Motto für JiL 2014 wurde auch gewählt.

Beteiligung ist das Schlüsselwort: Nicht die Landtagsverwaltung gibt Themen und Methoden für „Jugend im Landtag“ vor. Worum es an den vier Tagen im Juni gehen soll, wie die Abgeordneten beteiligt werden, was im Rahmenprogramm läuft, ja sogar was es zu essen gibt – das alles tüftelt das jugendliche Vorbereitungsteam aus. Aus der Vielfalt der ersten Ideen wurden schließlich fünf Themenfelder für JiL 2014 ausgewählt:

Migration

In diesen Workshop wird das Thema Migration auf verschiedenen Ebenen behandelt. Im Fokus steht die Idee einer Willkommenskultur in M-V.

Agro Aggro?

Ist die Landwirtschaft von heute auch die Landwirtschaft von morgen? Hier werden Gedanken und Vorstellungen über die zukünftige Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei debattiert.

Zukunft beginnt heute

Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern betrifft alle Generationen. Allerdings werden die Generationen oft gegeneinander ausgespielt. Deshalb soll sich der Workshop u.a. mit dem Thema Generationengerechtigkeit befassen.

Bildung statt Schule

In diesen Workshop soll debattiert werden, in wieweit die Schülerinnen und Schüler im gestalteten Schulprozess ein-

gebunden sind, was ihnen fehlt und wie sie das Verhältnis Schule-Freizeit einschätzen.

Extrem engagiert

Was ist Extremismus und wie geht man damit um?

In den Workshops wollen sich die Teilnehmenden mit Wissen ausrüsten, Meinungen austauschen, eigene Positionen und Forderungen erarbeiten – und sich auf die Diskussionen mit den Landtagsabgeordneten vorbereiten.

Welche Erwartungen die jungen Leute mit dem Beteiligungsprojekt verbinden, soll auch das Motto der Veranstaltung verdeutlichen. Es sollte ein Slogan sein, der cool ist, keinen beleidigt oder herabwürdigt und Teilnehmer und Medien anlockt. Bei der Abstimmung über 33 (!) Vorschläge hat „Wir knacken das Schloss“ das Rennen gemacht. „Ich habe auch dafür gevotet“, sagt Katharina Bluhm vom Jugendmedienverband. „Wir wollen mit JiL die ziemlich harte Nuss Landespolitik knacken, einen Fuß in die Tür kriegen und uns als engagierte, kompetente Interessenvertreter in eigener Sache präsentieren.“

www.landtag-mv.de (Mitmachen/Projekte)

www.jugend-im-landtag.de



Foto: Tino Höfert

Wann ist der neue Plenarsaal fertig?

Interview mit der Landtagspräsidentin zum Baugeschehen im Schweriner Schloss

Foto: Jens Büttner



Frau Bretschneider, im Schlossgartenflügel, der ja bei dem großen Schlossbrand vor 100 Jahren erheblich zerstört wurde, hat im vergangenen Jahr die Sanierung begonnen. Was ist dort bisher passiert, und welche Baumaßnahmen sind aktuell geplant?

Im 6. Obergeschoss, direkt über dem Festsaal, haben wir die Büroräume freigezogen und alle statisch nicht relevanten Bauteile, wie Trockenbauwände, Wand- und Deckenverkleidungen, entfernt. Das war notwendig, um die Decke des darunter liegenden Festsaals erneuern zu können. Nach Abschluss der Baumaßnahme werden hier wieder Büros eingerichtet.

Im Zuge der Baumaßnahmen soll im Bereich des Festsaals ein neuer Plenarsaal entstehen. Vorarbeiten – Ausbau der Sitzreihen, Abriss der Holzverkleidungen, Decken- und Fußbodenuntersuchungen – erfolgten bereits. Wie gehen die Arbeiten dort in diesem Jahr weiter?

Im Moment wird im Festsaal weiter abgerissen. Die Bühne wurde bereits demontiert und entsorgt. Um zu dem eigent-

lichen Fußboden vorzudringen, wurde der Zwischenboden herausgenommen. Als nächstes wird dann der Fußboden saniert, um den heutigen Anforderungen der Statik sowie dem Brandschutz zu genügen. Erst danach kann voraussichtlich Ende des Jahres ein Raumgerüst aufgestellt werden, um die Festsaaldecke zu erneuern.

Auf der Besuchertribüne im Plenarsaal steht seit kurzem eine Tonkabine. Hat dies auch mit den Baumaßnahmen im Festsaal-Bereich zu tun?

Ja. Beim Bau des neuen Plenarsaals werden auch das bisherige Medienzentrum und die Pressestelle des Landtages einbezogen. Auch hier wurden bereits Zwischenwände und Einbauten abgerissen. Für die Berichterstattung von den Plenarsitzungen und Öffentlichen Anhörungen steht den Journalisten für die Zeit der Baumaßnahmen die schalldichte Kabine im Plenarsaal zur Verfügung.

Beim Abriss fällt viel Bauschutt an. Wo bleibt der?

Der wird natürlich nicht über die Rote Marmortreppe, auf der ja die Besucher ins Schlossmuseum kommen, rausgeschafft, sondern über ein Gerüst am Südportal des Schlosses. Über diesen Gerüstturm wird dann auch die Baustelle beliefert, um Gänge durch das Schloss möglichst zu vermeiden.

Heißt das, dass die Besucher des Schlossmuseums und des Schlosscafés kaum etwas vom Baugeschehen mitbekommen?

Nein – ganz ohne temporäre Lärmbelästigung und Beeinträchtigungen wird es nicht gehen. Dafür ist das Bauvorhaben zu groß und zu komplex. Außerdem werden zwei Gerüste und ein großer Baukran am Südportal von dem Baugeschehen künden. Aber die Gerüste werden verkleidet, und die grünen Baumkronen werden zumindest im Sommer die Gerüste wenigstens teilweise verdecken.

Wie kommen die Besucher während der Bauzeit ins Schloss?

Das ist die gute Nachricht: Entgegen früheren Planungen bleibt das Südportal während der Baumaßnahme für Besucher des Museums und des Landtages geöffnet, und das



Bausstelle Festsaal



Südportal

Schloss-Café kann zumindest abends und an den Wochenenden für Veranstaltungen und Besuche genutzt werden. Wenn sich im Laufe der Bauarbeiten konkrete Beeinträchtigungen ergeben, werden wir hier im Einzelfall reagieren und die Öffentlichkeit umfassend informieren.

Auch wenn das Baugeschehen gerade erst richtig losgeht, wollen viele wissen: Wann ist der neue Plenarsaal fertig?

Wenn alles nach Plan läuft, Anfang 2017.

Eine weitere Baustelle ist der Schloss-Innenhof. Viele Schweriner fragen sich, wann es denn hier endlich wieder Konzerte und Theateraufführungen geben wird?

Bei den Fassaden sind wir schon weit vorangekommen und wollen 2015 fertig werden. Auf Konzerte und Theater Vorstellungen müssen wir allerdings noch warten. Denn in den kommenden Monaten wird es im Innenhof eine weitere große Baumaßnahme geben, die die Nutzung erheblich einschränkt. Da im Schloss alle Kapazitäten für die technische Infrastruktur ausgeschöpft sind, müssen wir für Strom- und Datenkabel sowie weitere wichtige Leitungen eine neue Versorgungsstrasse quer über den Innenhof bauen. Dafür wird der Innenhof abschnittsweise aufgedeckt und dann wieder geschlossen.

Heißt das, dass beim diesjährigen „Tag der offenen Tür“ des Landtages am 15. Juni die Besucher nicht über den Innenhof spazieren und in die Schlosskirche gehen können?

Nein. Es wird zwar keine Stände im Innenhof geben, aber der Zugang zur Schlosskirche wird ermöglicht, und die Besucher können auch den Innenhof zwischen dem Hauptportal und dem Gartenportal überqueren und sich dabei die Innenhof-Fassaden anschauen. Wie sich die Situation genau darstellt, lässt sich aber im Moment noch nicht bis ins Letzte abschätzen. Wir prüfen noch, ob es wieder eine „Schaustelle“ geben kann.

Im Schlossmuseum kann man über 30 historische Wohn- und Festräume der einstigen Großherzöge besichtigen. Weitere Räume sollen nach ihrer Restaurierung für Be-

sucher geöffnet werden, zum Beispiel die Silberkammer. Wie ist da der Stand?

Bei der Grundinstandsetzung der Silberkammer sind wir auf der Zielgeraden und wollen im Mai mit den Bau- und Restaurierungsarbeiten fertig werden. Neben konstruktiven Sicherungsmaßnahmen wurden Putz-, Stuck- und Restaurierungsarbeiten ausgeführt, die Terrakotten und die Fenster instandgesetzt, der Fußboden mit Dielen belegt, die Elektroinstallation und die Heizungsanlage erneuert sowie Vitrinen eingebaut. In einem letzten Schritt werden Restauratoren die Silberkammer einrichten, bevor dieser wunderschöne Raum voraussichtlich im Juni für die Besucher geöffnet wird.

Vielen Dank für das Gespräch.

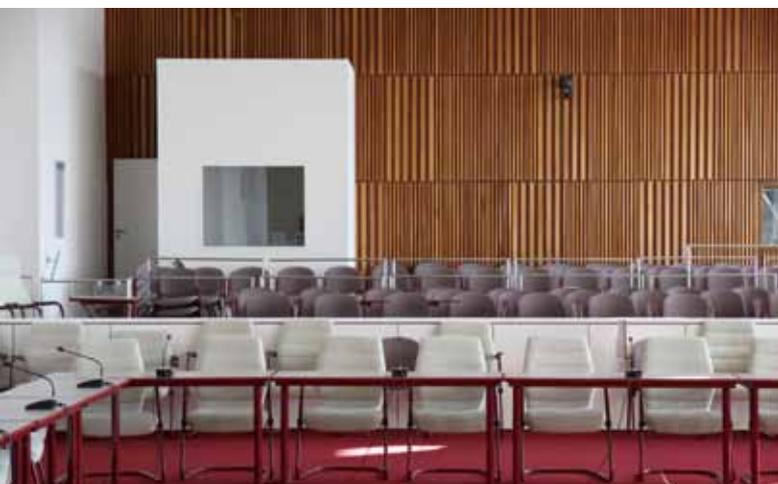


Foto: Angelika Lindenbeck

„Schaustelle“ am Tag der offenen Tür 2013

Tag der offenen Tür im Landtag

Sonntag, 15. Juni, 10 bis 17 Uhr



Pressekabine im Plenarsaal



Schloss-Innenhof

Fotos: Landtag M-V



Das große Landesfinale „Jugend debattiert“ findet zwar erst am 24. April statt, aber eine erste Stippvisite am Ort des Geschehens konnte nicht schaden. Bei ihrem Besuch im Schweriner Schloss am 11. März erkundeten die Finalisten aber weit mehr als die Debattenräume. Der Rundgang abseits der Touristenpfade war für die Schülerinnen und Schüler verdienter Lohn nach zwei anstrengenden Schultagungen, an denen sie unter professioneller Anleitung für den Landesausscheid trainiert hatten. Natürlich stand beim Schlossrundgang auch der Plenarsaal auf dem Programm – schließlich finden hier die Finaldebatten statt.

Der Thronsaal des Schlosses bekommt seine alten Schabracken zurück. Die erste von insgesamt vier Fensterdekorationen wurde am 31. März wieder angebracht. Die Schabracken mit dazugehörigen Seitenschals waren bei Restaurierungsarbeiten in den 1970er-Jahren abgebaut und auf den Dachboden gelagert worden. 2012 begann ihre Restaurierung. Die fertige erste Schabracke dient als Vorlage für die anderen noch zu restaurierenden Fensterdekorationen. Finanziert wird die Restaurierung durch Spenden der Stiftung Feldtmann kulturell.

Auch der Landtag beteiligte sich am bundesweiten Girls' Day 2014. 17 Schülerinnen schauten sich am 27. März im Schweriner Schloss um und informierten sich über verschiedene Berufe. Zum Auftakt begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück alle Teilnehmerinnen. Anschließend wurden die Mädchen in den Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN sowie von der Landtagsverwaltung betreut. Die Parlamentsverwaltung stellte sich als Arbeits- und Ausbildungsort für IT-Berufe vor. Die Schülerinnen lernten einen Computer zu warten, übten einfache Programmierungen und absolvierten einen Eignungstest für die Ausbildung zur Fachinformatikerin – Fachrichtung Systemintegration.

Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, empfing am 26. März 30 Boxerinnen und Betreuer der Nationalteams aus Deutschland und Russland im Schweriner Schloss. „Begegnungen wie diese können – fernab aller außenpolitischen Differenzen – einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung leisten“, sagte sie in ihrem Grußwort. Sie wünschte den Sportlerinnen für die bevorstehenden Wettkämpfe in Wittenburg (Landkreis Ludwigslust-Parchim) viel Erfolg. Unter den jungen Boxerinnen war auch Sarah Scheurich, die mittlerweile das EM-Ticket für Bukarest in der Tasche hat. (Karl-Heinz Nitzsche, Sportkoordinator des Deutschen Boxsport-Verbandes e.V., überreichte Beate Schlupp ein Paar Boxhandschuhe mit den Unterschriften aller Sportlerinnen.)

